Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags. Bezugspreis frei Haus 4.—10. Nov. 45 Milliarden, durch die Post 2310 Mill. Mk. ohne Zustell-Gebühr. Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft d. Bez. Halle-Merseburg e.G.m.b.H. Halle, Lerchenfeldstraße 14. Fernruf 1045, 1047, 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 und 5—6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 9 Goldpfennige f. d. Millim. Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennige f. Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textteilteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 45, Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 10 Milliarden | **Montag, den 5. November 1923** | **3. Jahrgang Nr. 247-259**

Ein bayrisches Ultimatum an die Reichsregierung

Hitler-Verbände und Deutschnationale Volkspartei fordern den Rücktritt Stresemanns und Eberts und die offene Militärdiktatur über das Reich — Poincaré im Bunde mit den Zerstörern des Reiches — Ehrhardt Oberbefehlshaber der illegalen Verbände — Die bayrischen Meuterer werden vom Reiche bezahlt — Die Sozialdemokraten unterstützen die Stresemann-Regierung

Berlin, 5. November.

Das Reichskabinett trat am Sonnabend zu einer Besprechung zusammen und befaßte sich zunächst mit einer Reihe von wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen. Die Absicht, eine Aussprache über die politische Lage herbeizuführen, konnte nicht durchgeführt werden, weil der Reichskanzler durch das Eintreffen wichtiger Nachrichten aus Bayern sich zu einer sofortigen Aussprache mit dem Reichspräsidenten und dem Reichswehrminister genötigt sah.

*

Der „Vorwärts" brachte darauf die Nachricht, daß Kahr die bayrische Regierung gestürzt und der Reichsregierung ein Ultimatum gestellt habe, daß sie und Ebert binnen 24 Stunden zurücktreten und eine Militärdiktatur über das ganze Reich errichten solle. Die Meldung trifft insofern zu, als nicht Kahr, sondern sein treuer Adlatus Hitler und der bayrische Justizminister Gürtler, der in Bayern die ganze Macht in Händen und die Knilling-Regierung ganz an die Wand gedrückt haben, dieses Ultimatum an die Reichsregierung gerichtet haben. Kahr oder Hitler, ganz gleich. Blitzartig werden dadurch die Zustände beleuchtet. Die Groß-Bourgeoisie glaubt ihre Stunde gekommen, sie läßt die faszistischen Kettenhunde gegen das Proletariat los. Und während das Reichskabinett seine Sitzungen unterbricht und Stresemann-Geßler-Ebert beraten, handelt die Reaktion. An der bayrisch-thüringischen Grenze finden bereits Vorpostenplänkeleien statt, bayrische illegale Verbände beschießen die thüringische Landespolizei. In Koburg hat der vom „Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik" entlassene Ehrhardt den Oberbefehl über die antirepublikanischen Verbände übernommen und dort ein ganzes Heer von illegalen Formationen mit allen schweren Waffen aufgestellt, und in München wird bereits über die Reserveformationen von den wirklichen Drahtziehern Parade abgehalten.

WTB. meldet heute aus München:

Aus Anlaß der Grundsteinlegung für das Kriegerdenkmal für das Armeemuseum veranstaltete heute der Bezirk München des bayrischen Kriegerbundes eine große Trauerfeier für die 13 000 im Weltkriege gefallenen Söhne Münchens. Als Ehrengäste waren u. a. der ehemalige Kronprinz Rupprecht, Ministerpräsident Dr. v. Knilling, Generalstaatskommissar Dr. v. Kahr und General v. Lossow erschienen. Die Reichswehr hatte zwei Ehrenkompagnien entsandt. Auf dem weiten Platze vor dem Reiterdenkmal Ottos von Wittelsbach hatte eine Ehrenkompagnie der Reichswehr mit den alten Kriegsfahnen Aufstellung genommen, ebenso die vaterländischen Verbände und die Hitlerschen Kampfverbände mit ihren Hakenkreuzfahnen. Nach der Gedenkrede, die der erste Präsident des bayrischen Veteranen- und Kriegerbundes, General v. Reuter, hielt, trat der ehemalige Kronprinz Rupprecht an den Grundstein und vollführte die ersten Hammerschläge. An der Seite des Generals v. Lossow nahm er dann den Vorbeimarsch der Fahnenkompagnie, der Kriegervereine, der vaterländischen Verbände und der Kampfverbände ab. Bei seiner Abfahrt wurden dem Kronprinzen brausende Ovationen dargebracht. Die Kampfverbände formierten sich noch zum Vorbeimarsch vor Hitler in der Maximilianstraße vor dem Regierungsgebäude. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet.

In dieser illustren Gesellschaft fehlt nur noch Poincaré, der mit im Bunde ist und der durch seine gestrige Rede klar zu verstehen gab, daß er Kahr-Hitler-Stinnes in ihren Plänen voll unterstützen wird.

Während die Reichsregierung immer noch beratet und darüber brütet, wie sie wohl am besten den Wünschen Kahrs und Hitlers nachkommt, ist die Regierung stark gegen die Arbeiterschaft. So hat der General Müller, der sich jetzt als Heros der Bourgeoisie hat photographieren lassen und dessen Bild in allen bürgerlichen Zeitschriften zu finden ist, den Kommandeur der sächsischen Landespolizei seines Postens enthoben. Und der Reichswehrminister Geßler ist dem Wunsche der rechten Gewerkschaftsführer nachgekommen und hat den Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte für das ganze Reich verboten. Doch die Regierung ist auch stark gegen die Faszisten. Sie hat den „Völkischen Beobachter", das Organ der Nationalsozialisten, für das ganze Reich verboten — mit Ausnahme von Bayern. Sie will sich nicht ein zweites Mal so blamieren, wie beim ersten Verbot, wo Lossow, der heute mit seiner die alten Friedensfahnen tragenden, sich also offen auflehnenden Reichswehr immer noch vom Reiche das Gehalt bezieht, die Anordnung einfach nicht durchführte. Für Sachsen hatte die Reichsregierung zur Beseitigung der verfassungsmäßigen Regierung 60 000 Mann Reichswehr, gegen den verfassungswidrigen Kahr ist sie vollkommen ohnmächtig, wie das Verbot des „Völkischen Beobachters" und ihr übriges Verhalten zeigt.

Indessen wird die bayrische Gefahr immer größer. Offen wird als Tag des Losschlagens der 7. November angegeben. Die Berliner Montagspresse ist voll von Alarmnachrichten über die Vorgänge im Hitlerschen Heerlager und von den Rüstungen unter Ehrhardts persönlicher Leitung. Von Gegenmaßnahmen ist kaum etwas zu spüren und die rausgeschmissenen sozialdemokratischen Minister, wie z. B. Sollmann, bekommen es jetzt mit der Angst zu tun und rufen die „treuen — Republikaner" angesichts der Feigheit der Führung zum bewaffneten Selbstschutz auf, den die sozialdemokratischen verkappten Faszisten den Arbeitern durch das Verbot der proletarischen Hundertschaften usw. verweigerten. Man will auch heute keinen proletarischen, republikanischen Schutz, sondern nichts anderes, als daß die Arbeiter wieder, wie im Kapp-Putsch, sich für die Interessen der Ebert-Stinnes-Republik einsetzen sollen, um nachher von ihnen erledigt zu werden.

Und Hitler und Ehrhardt müssen losschlagen. Sie haben Tausende ihrer Anhänger unter Waffen, ihr Militärapparat kostet ungeheures Geld. Die Unternehmer, die dies bezahlen, wollen für ihr Geld Taten sehen, sie drängen ebenfalls oder drohen, ihre Leute in ihre Betriebe zurückzuholen. Schlagen Ehrhardt-Hitler-Roßbach nicht los, erreichen sie keine Erfolge (es ist möglich, daß Ebert-Stresemann sich den Faszisten widerstandslos ergeben und die deutsche Republik der Weißen Diktatur ausliefern), so ist ihr Nimbus dahin, so sind sie als Führer erledigt. Getrieben werden sie außerdem durch den geplatzten Schwindel von dem „wertbeständigen" Gelde. Nimmt die Erkenntnis von dem Schwindel des wertbeständigen Geldes erst noch in weiteren Kreisen des Mittelstandes und des Kleinbürgertums Platz, wie es bereits geschehen ist, so ist es mit der ideellen Unterstützung ebenfalls vorbei.

Für die Faszistenführer steht die Frage so: Entweder Weitergehen auf dem beschrittenen Wege oder Abtreten von der politischen Bildfläche. Ein Stillstehen, ein Abrüsten bedeutet Niederlage und stärkste Erschütterungen der faszistischen Organisationen. Die Ehrhardt-Hitler-Kahr-Roßbach haben bereits das erstere gewählt. **Die Arbeiterschaft ist durch geschicktes Ausweichen und eiserne Disziplin dem Plan der Konterrevolution, sie durch die sächsische Provokation zum frühzeitigen Losschlagen zu bewegen, ausgewichen. Sie hat ihre Kräfte zum Widerstand gegen den faszistischen Staatsstreich aufgespart. Die Arbeiterschaft wird die Republik mit Händen und Zähnen verteidigen, doch nicht die Stinnes-Republik mit dem Zehnstundentag und den Hungerlöhnen.**

Die werktätige Bevölkerung wird diesmal nicht wie am 9. November 1918 auf halben Wege stehen bleiben, sie wird nicht den Lockungen der sozialdemokratischen Führer folgen und dem Wahn der Demokrate nochmals nachrennen. Bis weit in die Mittelschichten hinein ist die Erkenntnis gedrungen, daß es in Deutschland nur zwei Möglichkeiten gibt: **Entweder Weiße oder Rote Diktatur.** Die Weiße Diktatur will die kapitalistische Wirtschaft wieder aufbauen, will mit aggressiveren Mitteln das Beginnen fortsetzen, das in den fünf Jahren uns in das heutige Hungerelend, in den Zerfall des Reiches, zu der Ausschaltung der Mark auf dem Welthandelsmarkt gebracht hat.

Die Rote Diktatur will den Kommunismus errichten. Der Kommunismus hat dem russischen Volke nach einer Zeit des Hungers, der durch die Kämpfe der gesamten Kapitalisten gegen Sowjet-Rußland hervorgerufen wurde, Arbeit und Brot gegeben. Unter der Weißen Diktatur, ja unter der Herrschaft Stresemann-Ebert, verhungert das Volk nach dem Ausspruch Westarps bei vollen Scheunen. Das Rußland der Roten Diktatur hat nach fünfjährigem Aufbau soviel Brot, daß es den hungernden deutschen Brüdern abgeben kann.

Die werktätige Bevölkerung hat sich entschieden. Sie wird mit allen Mitteln den Kampf gegen die Weiße Diktatur führen und wird, um seine Existenz zu sichern, die Rote Diktatur in diesem ihr aufgezwungenen Kampf errichten.

Poincaré im Bunde mit Stinnes, Hitler und Kahr

Paris, 5. November.

Bei der Einweihung eines Kriegerdenkmals in Brive behauptete Poincaré nach der gewohnten Polemik gegen die „raffinierte Illoyalität" Deutschlands, Frankreich habe bis jetzt erst 244 Millionen Goldmark erhalten. In den Plänen des Sachverständigenausschusses zur Abschätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit betonte Poincaré, daß Frankreich seinen Verbündeten seine Freundschaft habe bekunden wollen, als es diese Perspektive im Prinzip zuließ. Die Schlußworte Poincarés gälten der Sicherheitsfrage. Bis jetzt sei nichts an die Stelle der in Versailles versprochenen Sicherheitspakte getreten. Zu welcher politischen Organisation künftig auch das deutsche Volk gelangen möge, Frankreich werde darüber wachen, daß neue Angriffe für immer unmöglich gemacht würden. Frankreich habe niemals versprochen, die deutsche Reichsverfassung oder auch nur die Reichseinheit gegen die Deutschen selbst in Schutz zu nehmen, und die Initiative der deutschen Länder überlasse die Alliierten nicht der Verpflichtung, untereinander die Bestimmungen des Friedensvertrages einzuhalten.

*

Damit erklärt Poincaré, daß er die Bestrebungen der Stinnes zur Zerschlagung der Rheinlande und das Vorgehen Kahrs zur Loslösung Bayerns vom Reich billigt. In der bürgerlich-republikanischen Presse ist des öfteren die Behauptung von dem Einverständnis Kahrs mit Poincaré aufgestellt worden. Kahr und Hitler würden nie so frech gegen das Reich aufgetreten sein, wenn sie nicht wüßten, daß sie die vollste Unterstützung Frankreichs in jeder Beziehung hätten. Die Rede Poincarés ist eine Aufforderung an Kahr und Hitler, auf ihrem Wege zur Zerschlagung des Reiches weiterzugehen.

Auf dem Wege zum zweiten 9. November

Direktorial-Regierung oder Arbeiter-Regierung?

Die ältesten und erbittertsten Feinde der deutschen Arbeiterklasse, die Junker und Industriellen, haben der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands den letzten Todesstoß versetzt. Die bürgerliche Räuberbande hat sich ihrer Komplicen und Helfer, die sie jahrelang als Deckung für ihre Raubzüge benutzten entledigt. Als Gründe für den Zusammenbruch der Großen Koalition werden die neuesten politischen und wirtschaftlichen Ereignisse im Reich angegeben. In Wirklichkeit liegt die Ursache des Zusammenbruchs der Großen Koalition bei den Keimen der Großen Koalition; **in der Burgfriedenspolitik der Sozialdemokratie mit den Alldeutschen.** Zu Beginn des Weltkrieges wurde die Große Koalition zwischen Sozialdemokraten und Kriegsimperialisten zum erstenmal geschlossen. Der jetzige Zusammenbruch, der Austritt der MSPD.-Minister aus dem Kabinett Stresemann, ist nur die Vollendung zehnjähriger verhängnisvoller Politik einer revisionistisch geleiteten Arbeiterpartei.

Die deutsche Arbeiterklasse, die erst nach dem Zusammenbruch des Weltkrieges an der Unfehlbarkeit der deutschen reformistischen Arbeiterführer zu zweifeln begann, hatte in den fünf Nachkriegsjahren noch tausendmal die Gelegenheit, ihre Position und damit ihre weitere Existenz zu retten. Sogar die Führer der deutschen Sozialdemokratie hatten Gelegenheit, ihre Fehler, ihren Verrat wieder gutzumachen.

Als nach dem Zusammenbruch der Politik der deutschen Kapitalisten und Imperialisten die Sozialdemokratie wiederum versuchte, die alten Mittel bürgerlicher Regierungspolitik anzuwenden, setzte bereits von Seiten eines kleinen Teiles des deutschen Proletariats ein starker Widerstand ein. Die revolutionäre Arbeiterbewegung in Deutschland war aber damals noch zu schwach, um die Millionen von Arbeitern und Angestellten, die den deutschen Sozialdemokraten folgten, von der Aussichtslosigkeit einer Besserung durch die demokratische Politik zu überzeugen. Die Sozialdemokraten gaben den alten Mächten die Möglichkeit, ihr System weiter zu erhalten, wieder aufzubauen und ihre alldeutsche Politik fortzusetzen. Die reaktionären Kräfte bauten nicht nur ihre militärischen Organisationen aus, die Führer, denn es mit Hilfe von Kanonen und Giftgasen nicht gelungen war, die imperialistischen Ziele zu erreichen, versuchten nun auf politischem und wirtschaftlichem Wege, mit neuen Methoden, ihre Weltmachtspläne zu erfüllen. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben, sagte sich 1918 Stinnes und die übrigen Schwerindustriellen, die die Wirtschaftsgebiete, um deren Besitz sie Millionen von Arbeitern in den Tod gejagt hatten, nicht bekamen.

Die deutsche Sozialdemokratie handelte nicht nach dem Grundsatz, daß, um etwas zu gewinnen, alle Machtmittel eingesetzt werden müssen. Den alten Mächten stand die alte Untertanenauffassung des Deutschen, der reaktionäre Verwaltungsapparat, eine durch die Kriegskorruption zu jeder Prostitution bereite Presse zur Verfügung. Aber die Machtpositionen der deutschen Arbeiterklasse waren bedeutend größer. Nach dem Zusammenbruch des Weltkrieges nahm die gewerkschaftliche Bewegung in Deutschland einen in der Welt unbekannten Aufschwung. Sogar große Teile der Landwirtschaft haben sich damals den geäußerten Plänen, Verwirklichung des Sozialismus, nicht entgegengestellt. Die damals noch schwache Konterrevolution hätte leichter Hand erledigt werden können.

Die Führer der deutschen Sozialdemokratie ermordeten aber die junge proletarische Revolution. Die sozialdemokratischen Politiker wendeten die übertommenen bürgerlichen Mittel an, das bürgerliche Parlament bestätigte die von den Wirtschaftsdiktatoren gewünschten Forderungen. Ohne Kampf sollte der Sozialismus eingeführt werden. Auf dem Wege von Verhandlungen wurde versucht, die Krisis, die durch den Weltkrieg entstanden war, zu lösen. Unzählige Konferenzen wurden abgehalten, in denen über die weltwirtschaftliche Lage gesprochen, Exposés gefaßt und Gutachten abgegeben wurden. Durch die Entwicklung wurde der Versailler Friedensvertrag zu einem wertlosen Fetzen Papier, der durch die tatsächlichen wirtschaftlichen und politischen Ereignisse, die imperialistische Politik der Ententemächte durchlöchert wurde. Deutschlands Außenpolitik war eingestellt auf die Hoffnung, das Englands imperialistische Interessen die Raubgier der französischen Industriellen und Militärs in Schach halten würde. Die Politik des Optimismus, der ewigen Geduld seitens der Reichsregierung wurde geführt, um den **deutschen Schwerindustriellen die Möglichkeit zu eigenen Verhandlungen nicht zu nehmen.**

Warum ließen sich die zwei Millionen sozialistisch organisierten Arbeiter und Angestellten, die sieben Millionen freigewerkschaftlich zusammengefaßten Werktätigen fünf Jahre lang von der SPD.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231105-16/fragment/page=0001

irreführen? Die junge revolutionäre Klassenpartei des deutschen Proletariats, die KPD., rang mühselig, zäh und unter Opferung von Hunderttausenden von Revolutionären um das Vertrauen der großen Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse. Mit Hilfe der Sozialdemokratie konnte die Reaktion sich festigen. Die Sozialdemokraten haben der jungen Kommunistischen Partei ungeheure Wunden zugefügt. Die alten reaktionären Führer haben im Laufe des Kampfes zwischen der Sozialdemokratie und den Kommunisten um die Führung innerhalb der Arbeiterklasse gelernt, daß es nicht genügt, eine militärisch wohlorganisierte Prätorianergarde zu haben. Der Kampf gegen den Marxismus mußte auch ideologisch-politisch geführt werden. Diese Aufgabe fiel der Hitler-Partei zu. Alle Bestrebungen der vereinigten Feinde des deutschen Proletariats konnten aber der Fortsetzung der wirtschaftlichen und finanziellen Zerrüttung nicht Einhalt gebieten.

Alle Sachverständigenkonferenzen, alle Pläne und Theorien brachten keine Ordnung in die Wirtschaft. Die Ernährungsfrage, die Regelung der Schuldenwirtschaft wurde nicht gelöst, trotzdem die Werktätigen ungeheuerlich belastet wurden mit Steuern. Die Sozialdemokratie trieb keine entscheidende Politik im Sinne der proletarischen Klasse. Nach der Erzberger-, nach der Rathenau-Ermordung setzte sie die Bekämpfung des revolutionären Teiles der Arbeiterbewegung fort.

Entscheidende Politik wurde von den Industriellen und den Junkern getrieben. Die Steuergesetzgebung wurde nach den Wünschen der Stinnese durchgeführt. Die jüngste wirtschaftliche Zerfetzung, die politischen und militärischen Vorgänge in jüngster Zeit, die Zustände im Ruhrgebiet und im Rheinland, in Sachsen und in Bayern sind die Folgen fünfjähriger Ebert-Politik.

Nach dem Zusammenbruch des Ruhrkrieges und des Cuno-Aufbaues zeigte sich zum erstenmal bei einem größeren Teil der Werktätigen die Erkenntnis, daß die Kompromiß-Politik der VSPD. zum Verhängnis Gesamt-Deutschlands führe. Noch einmal hatte die VSPD. Gelegenheit, der Reaktion gemeinsam mit dem revolutionären Teil, den sie bis dahin bekämpfte, den Todesstoß zu versetzen. Als Kahr seine „Politik gegen den Marxismus" begann, war noch einmal die Möglichkeit, durch Zusammenraffen aller Kräfte, mittels der proletarischen Einheitsfront, diesen Feind politisch und militärisch zu töten. **Zehn Millionen politisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Angestellte hätten durch den Generalstreik vermocht, die Schwarze Reichswehr kampfunfähig zu machen.** Aber nochmals, trotz starken Protestes der eigenen Mitgliedschaft, schlossen die sozialdemokratischen Führer ein Kompromiß und gaben der Regierung, d. h. den Reichswehrgeneralen die Ermächtigung, das proletarische Sachsen niederzuschlagen. Das geschah. Jetzt, nachdem die „stärkste Partei" im Reichstag, die „einflußreichen sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer" durch ihre Verräterpolitik der Reaktion geholfen haben, sich gesund und siegesbewußt zu machen, werden sie selbst beseitigt.

Der „Vorwärts" schreibt zu der Situation, die durch den Rücktritt der VSPD.-Reichsminister geschaffen ist:

„Das deutsche Volk und die deutsche Arbeiterklasse brauchen mehr denn je eine starke Sozialdemokratische Partei. Vieles mag in der nächsten Zeit untergehen. Hier bleibt die Grundlage für ein neues Reich!"

Die deutsche Arbeiterklasse und das deutsche Volk, an die von der VSPD. nochmals appelliert wird, hat in den fünf Jahren Nachkriegszeit am eigenen Körper erfahren können, wie stark die Sozialdemokratische Partei ist. Für die Arbeiter liegt eine große Gefahr darin, wenn sie durch den Austritt der VSPD.-Minister aus der Koalitionsregierung glaubt, daß die VSPD. jetzt Klassenpolitik treiben werde. Neue Täuschungen, neuer Verrat, noch größeres Elend wird folgen.

Nur die **Kommunistische Partei kämpfte** seit 1918 gegen die Reaktion, gegen die wirtschaftliche Verelendung, gegen die politische Entrechtung der Werktätigen. Nur sie führte den Kampf gegen den Verrat durch die Industriekönige an Ruhr und Rhein. Nur sie hat die Sympathie und die Hilfe des russischen Proletariats. Gegenüber der riesigen konterrevolutionären Organisation, die alles in den Händen hat, das Militär, die Presse, die Justiz usw., kann nur unter Führung einer Klassenpolitik treibenden Partei ein Sieg des Proletariats errungen werden.

Kahr wird den Rücktritt Eberts erzwingen. Der Kahr für das Deutsche Reich wird bald ernannt werden. Die Diktatoren haben die Befehlsgewalt bereits in der Tasche. Nicht die Sozialdemokratische Partei bietet die Grundlage für ein neues Reich. Das neue Reich, das die Sozialdemokratie uns bereitet hat, ist das Reich der Sklaverei, der Unterjochung. Das politische Machtbewußtsein des deutschen Proletariats darf, durch die organisatorischen Machtmittel verstärkt, die deutschen Kornilows nicht zur Macht gelangen lassen.

Noch einmal besteht die Möglichkeit einer Rettung. Der Sieg des Proletariats kann nicht kalendarisch vorausbestimmt werden. Aber der zweite „9. November" muß das deutsche Proletariat in der Vorbereitung finden, daß es sich der Führung der deutschen Kommunisten anvertraut, um sich so heldenhaft und rücksichtslos wie die russischen Arbeiter und Bauern den Sieg zu erkämpfen.

Das Reich bezahlt die bayrischen Meuterer

Der „Vorwärts" weiß zu berichten:

„Noch immer finden die bayrischen Meuterer Unterstützung durch die Reichsregierung! Was man nicht für möglich halten sollte, ist doch Tatsache: der Meutereigeneral Lossow und die auf Bayern „verpflichteten" Reichswehrtruppen beziehen ihren Sold immer noch aus der leeren Reichskasse. Billiarden werden gewissermaßen zur Belohnung für einen bereits vor 14 Tagen vollzogenen Verfassungsbruch geschickt. Erst Mitte der abgeschlossenen Woche hat der Reichsfinanzminister eine Billiarde Mark Reichsgelder für die meuternde Reichswehr nach München transportieren lassen. Als der Reichsminister des Innern, Sollmann, bereits von zehn Tagen die Reichszuschüsse für die bayrische Landespolizei sperrte, erhob der Reichsfinanzminister Einspruch, und nachdem Sollmann dem Wunsche des Dr. Luther, die Zuschüsse weiter nach Bayern zu schicken, nicht nachkam, stellte der augenblickliche Chef der Finanzverwaltung sogar einen entsprechenden Antrag im Kabinett."

Jeden Tag schreit die Regierung über Sparsamkeit beim Beamtenapparat. Aus Sparsamkeit werden 25 Prozent der Beamten entlassen. Für die bayrischen Meuterer aber, die nach Erreichung ihres Zieles noch mehr Beamten entlassen werden, hat der jetzige Finanzminister Luther Billionen und Billiarden übrig. Wirklich ein feiner Minister. Die Beamten werden sich diese Maßnahmen des Finanzministers merken und ihn danach beurteilen.

Die Furcht vor dem Volkszorn

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 5. November.

Die neue starke Brotpreiserhöhung wagt man amtlich am heutigen Montag früh noch nicht mitzuteilen. Es heißt, daß der Brotpreis über 100 Milliarden betragen wird.

(Eig. Drahtm.) **Leipzig**, 5. November.

Am Sonnabend kostete das Brot hier bereits 108 Milliarden Mark.

Der Brotpreis von morgen

Berlin, 5. November.

Eine Parlamentskorrespondenz verbreitet die Meldung, der Brotpreis sei ab heute auf 140 Milliarden festgesetzt worden. Demgegenüber erklären die Blätter, daß diese Meldung nicht den Tatsachen entspreche. Wenn auch mit einer Verteuerung des Brotes bestimmt zu rechnen sei, so bleibt diese doch hinter der angegebenen Ziffer weit zurück.

*

Die Parlamentskorrespondenz hat lediglich den Tag des 140-Milliarden-Brotes zu früh angegeben. Wenn der Brotpreis von 43 Milliarden am Sonnabend auf 80 Milliarden am Montag hinaufgeklettert ist, so ist der Sprung auf 140 Milliarden nicht mehr weit. Die Veröffentlichung der Berliner Parlamentskorrespondenz läßt erkennen, daß die für den Brotwucher maßgebenden Kreise einen Brotpreis von 140 Milliarden bereits für die nächsten Tage festgesetzt haben.

Versuchsweise

Der „Klassenkampf", das Organ der mitteldeutschen Arbeiterschaft, war, weil wir in Deutschland eine Verfassung haben, die auf Grund eines trockenen Paragraphen sofort außer Kraft gesetzt werden kann, und damit der ganze Wust von „Freiheit", der in der Verfassung jedem deutschen Staatsbürger gewährleistet ist, zum Teufel geht, zum zweiten Male auf 14 Tage verboten. Noch ehe das Verbot abtief, „tobte in Sachsen das Recht" und der Wunsch des vom sozialdemokratischen Reichspräsidenten eingesetzten Rechtsvertreters Herrn Heinze, alle kommunistischen Zeitungen im Wehrkreis IV zu verbieten, wurde vom General Müller, der auf Grund irgendeines Rechtes als Befehlshaber in Mitteldeutschland eingesetzt ist, sofort erfüllt. Der „Klassenkampf" wurde erneut bis auf weiteres verboten. Mit Gewalt sollte die „revolutionäre Kanaille" unterdrückt werden. Doch ein vergebliches Beginnen!

Am Sonnabend erhielten wir nun die „Verfügung", daß der „Klassenkampf" versuchsweise wieder erscheinen darf.

Das Dokument, das als Dekorationsstück zur Weimarer Verfassung trefflich paßt, lautet:

Wehrkreiskommando IV. Dresden, den 2. Nov. 1923.
III/Ic Nr. 4447/23.

Verfügung.

Das Verbot der Zeitung vom 30. Oktober 1923 des „Klassenkampf" — Organ der KPD. in Halle-Merseburg — in Halle an der Saale wird, soweit nicht ein früheres Verbot noch im Laufe ist, hiermit versuchsweise wieder aufgehoben.

Ich spreche dabei im Einvernehmen mit dem Herrn Regierungskommissar Meier die Erwartung aus, daß sich die Zeitung der Geltendmachung ihres abweichenden Standpunktes in maßvollen Grenzen halten und den politisch erregten Zeiten Rechnung tragen wird.

Der Befehlshaber im Wehrkreis IV
gez. Müller, Generalleutnant.

Also im Einvernehmen mit dem Sozialdemokraten Meier ist dieser Versuchsballon abgelassen. Es ist uns gnädigst gestattet, unseren „abweichenden Standpunkt in maßvollen Grenzen, den politisch erregten Zeiten Rechnung tragend, geltend zu machen". So fest aber, wie das „Recht" in der Weimarer Verfassung verankert ist, so fest ist für uns die Garantie gegeben, daß die „maßvolle Grenze" dann übermäßvoll ist, wenn die augenblicklichen Machthaber in der deutschen Republik die Grenze verletzt sehen.

Es gibt leider nur ein Recht und das ist die Macht. Diese übt momentan auf Grund der Verfassung der freiesten demokratischen Republik ein General Müller aus, der im Einvernehmen mit einem Sozialdemokraten die maßvolle Grenze zu überwachen hat, in der sich eine kommunistische Zeitung bewegen darf.

Die Sozialdemokraten unterstützen weiter das Stresemann-Kabinett

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 5. November.

Aus dem am Sonntag im „Vorwärts" veröffentlichten durchaus gegenrevolutionären Aufruf und der ganzen Haltung der Sozialdemokratischen Partei geht deutlich hervor, daß sie auch nach dem Ausscheiden aus der Großen Koalition die Regierung Stresemann weiter aus der Hand zu fressen gewillt ist. Sie schlägt nur in der täglich bedrohlicher werdenden Gefahr der bayrischen Rüstungen Krach, um sich in allen anderen Angelegenheiten desto fester von Stresemann an der Stange halten zu lassen. Zu diesem Zweck hat der Reichskanzler im Verein mit dem Reichspräsidenten Ebert und den Rechtsparteien die Drohung mit der Sprengung der Großen Koalition auch in Preußen und der Drohung mit Neuwahlen, die die Sozialdemokraten fürchten wie der Ertrinkende das Wasser, ausgesprochen. Man kann daher überhaupt kaum noch von einer sozialdemokratischen Opposition sprechen, sondern die offizielle Sozialdemokratie will, wie unter Cuno, aus ihrer Reservestellung heraus die Geschäfte der bürgerlichen Mitte betreiben helfen.

Stresemann will den Reichstag keine Antwort geben

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 5. November.

Die Reichstagssitzung soll wieder verschoben werden. Daß läßt die Rechtspresse durchblicken, daß er überhaupt nicht mehr zusammentreten wird. Das ist sehr wahrscheinlich, wenn man die Meldungen über den antirepublikanischen Aufmarsch in Bayern, Mecklenburg, Pommern und Schlesien sieht, wobei der 7. November als Tag des Losschlagens angegeben wird.

Die „Stabilisierung" der Mark

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 5. November.

Die Meldungen über die bevorstehende Stabilisierung der Mark dürfen sich wahrscheinlich allein dahingehend verwirklichen lassen, daß sie nun endgültig auf den Nullpunkt stabilisiert wird. In Neuyork und anderen auswärtigen Börsen ist die Notierung bereits gestrichen worden.

Verschärfung des russisch-polnischen Konfliktes

(Meldungen der Russischen Telegraphen-Agentur)

Moskau, 2. November.

Die „Iswestija" veröffentlichen Tatsachenmaterial über Gewalttaten der polnischen Behörden an den nach Polen reisenden Sowjetbürgern, welche oft vom Zuge abgesetzt, in Quarantäne gebracht und dort Verhören und Folterungen ausgesetzt werden, über unbegründete Verhaftungen von Sowjetbürgern, deren Abschiebung über die Grenze unter Androhung der Erschießung, über die Abgabe von Schüssen in der Richtung des Sowjetterritoriums, über zahlreiche Fälle von Vergewaltigungen wehrloser russischer Frauen. Die wiederholten Proteste der Sowjetregierung waren ergebnislos. Das Blatt fordert der Sowjetregierung zur Ergreifung sofortiger energischer Maßnahmen zum Schutze der Sowjetbürger auf und empfiehlt, Polen zu verstehen zu geben, die Schikanen könnten das Schicksal der im Sowjetbunde trotz des Ablaufens der Frist noch befindlichen tausenden polnischer Optanten beeinflussen, die die Gastfreundschaft des Sowjetbundes und den Schutz der russischen Gesetze genießen.

Moskau, 2. November.

Neuerdings ist ein massenhaftes Ueberschreiten der Sowjetgrenze durch die aus Polen flüchtenden weißrussischen Eisenbahner zu beobachten, welche von den polnischen Behörden entlassen und verfolgt werden. Die Sowjetbehörden Weißrußlands leisten den Flüchtlingen Hilfe.

*

Dieses Vorgehens Polens ist die Fortsetzung der polnischen Politik, die neuerdings mit der Ermordung des russischen Roten-Kreuz-Kommissars begonnen wurde. Sie steht im engsten Zusammenhang mit den Rüstungskrediten, die Polen von Frankreich erhalten hat und ist nur im Zusammenhang **mit dem Angriff** des Weltkapitals auf das internationale Proletariat zu verstehen. Rußland wird dem unverschämten Polen die gebührende Antwort erteilen.

Für die Aufhebung des Hamburger Todesurteils

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 5. November.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat sich mit einem Telegramm an den sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ebert gerichtet, um ihn zur Aufhebung des gegen den Hamburger Genossen Thorell gefällten Todesurteils aufzufordern. Von Ebert hängt es ab, ob Thorell, dem beim „Verhör" ein Auge ausgeschlagen wurde, hingerichtet wird oder nicht.

Kommunisten sind vogelfrei

Der General Reinhardt, der fieberhaft gegen Thüringen rüstet und alle Kasernen mit Schwarzer Reichswehr füllt, es auch nicht an der Bewaffnung der Bauern fehlen läßt als Rückendeckung für seine Aktion gegen die thüringische Arbeiterschaft, hat in den meisten württembergischen Städten die kommunistischen Funktionäre fast ausnahmslos in Schutzhaft nehmen und die Gefängnisse von Ludwigsburg, Rottenburg und Ulm bringen lassen. Die enge Verbindung zwischen General Reinhardt und den bayerischen Hitler-Leuten läßt auf gemeinsames Vorgehen des Generals Reinhardt mit Lossow allerhand Schlüsse zu.

Sozialdemokratisches

Das Verbot der sozialdemokratischen „Münchener Post"

(Eig. Drahtm.) München, 3. November.

Das Verbot der sozialdemokratischen „Münchener Post" wird zum 7. November aufgehoben werden, nachdem sich die Redaktion bei Herrn von Kahr dafür entschuldigt hatte, daß sie im Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse „zu weit gegangen sei".

*

Man kann solche Entschuldigung nur als sozialdemokratisch bezeichnen. Der „Vorwärts", der seine Mitteilung über die Zurücknahme des Verbotes unter der Ueberschrift „Bayrisches" bringt, hätte dafür lieber „Sozialdemokratisches" setzen sollen.

Aus Sowjet-Rußland

Moskau, 3. November.

Die Bilanz der Staatsbank vom 1. November zeigt im Vergleich zum Oktober einen Zuwachs von 8 Millionen Goldrubel und eine fortschreitende Einschränkung der Emission, was auch durch eine Einschränkung des Geldumlaufes infolge des abgeschlossenen Ablaufes der Ernte hervorgerufen wird.

Die Aktien-Gesellschaft „Exportchleb" führte bis zum 25. Oktober aus: nach Deutschland 159 100 Tonnen Getreideprodukte, nach Frankreich 120 416 Tonnen, nach Norwegen 51 683 Tonnen, nach Italien 47 183 Tonnen, nach der Türkei 46 750 Tonnen, nach Dänemark 38 100 Tonnen.

In Warschau finden Verhandlungen der Handelsvertretung mit der Transportfirma Schenker wegen Bildung einer gemischten Gesellschaft für russischen Getreidetransit über Polen nach Danzig, Königsberg und Hamburg statt.

Die sterbende Krankenversicherung. Die Reichsregierung hat das Ermächtigungsgesetz dazu benutzt, kurzerhand und mit sofortiger Wirkung Verordnungen zu erlassen, durch die u. a. in die Rechte der Krankenversicherten und der Aerzte aufs schwerste eingegriffen, die freie Arztwahl und die Behandlung der Patienten äußerst eingeschränkt werden. Die aufs knappste zugemessenen Arzneien und Heilmittel sollen fortan zu 10—20 Prozent von den Versicherten selbst bezahlt werden.

Agrarischer Hilferuf nach Ungarn. Der neue Ernährungsminister der Großen Koalition, der Oberagrarier Graf Kanitz, erbittet in einem ungarischen Blatte Hilfe für das hungernde Deutschland. Der Minister stellt die Ernährungslage in Deutschland als trostlos dar und bittet Ungarn um Hilfe. Ein energisches Vorgehen gegen die deutschen Agrarier und Erfassung der Produktion auf dem Lande durch proletarische Organe wäre mehr am Platze und würde fruchtbarere Erfolge für die hungernde Bevölkerung Deutschlands zeitigen.

Das deutsche Elend im Ausland. Das holländische Rote Kreuz veröffentlicht heute einen Aufruf, in dem mit herzergreifenden Worten die furchtbare Notlage des deutschen Volkes geschildert und das niederländische Volk aufgefordert wird, den östlichen Nachbarn des Landes in derselben großzügigen Weise zu Hilfe zu eilen, wie es diese seinerzeit anläßlich der russischen Hungersnot getan habe.

Das Ende der Mark in Amerika. Reuter meldet aus Neuyork, daß die Banken und Wechselstuben den Verkehr mit deutscher Mark eingestellt hätten. An der Neuyorker Börse wurden für eine Billion deutscher Stresemann-Rubel 80 Cents gezahlt, was einer Bewertung des Dollars von 1¼ Billion entspricht. Russische Sowjetrubel müssen zirka 300 Millionen für einen Dollar gezahlt werden.

Ausland

Die englischen Flottenrüstungen

London, 3. November.

Reuter meldet aus Spithead: Die Premierminister der Dominions und 300 andere Gäste wohnten heute mittag einer Flottenparade bei, an der mehr als 70 nach 1914 gebaute Kriegsschiffe teilnahmen.

Der Prozeß gegen den Mörder Worowskis

Lausanne, 5. November.

Der Prozeß gegen Conradi, den Mörder Worowskis, des russischen Delegierten auf der Lausanner Orientkonferenz, und den Mitschuldigen Allinin findet heute vormittag vor dem waadtländischen Staatsgerichtshof statt, der infolge des großen Andranges der internationalen Pressevertreter und des Publikums im Lausanner Kasino tagen wird, in dem seinerzeit die Lausanner Konferenz eröffnet wurde. Die Verhandlungen werden etwa acht bis zehn Tage dauern. Die Lausanner Polizei hat strenge Ueberwachungsmaßnahmen getroffen.

Gewerkschaftsbewegung

Kampffondsbeiträge für Oktober

Allen Kassierern der Roten Kartelle und allen Fraktionen zur Kenntnis, daß der gewerkschaftliche Kampffondsbeitrag für Oktober auf:

eine Milliarde für voll arbeitende Genossen und 200 Millionen für Kurzarbeiter, Landarbeiter, Jugendliche und Hausfrauen festgesetzt ist. Bei erwerbslosen Genossen kann von einer Beitragsleistung durch Beschluß des jeweiligen Roten Kartells Abstand genommen werden, jedoch muß die Erwerbslosigkeit durch die Kassierer der Roten Kartelle und Fraktionen auf der grünen Kontrollkarte in dem jeweiligen Monat bezeichnet werden.

Wir bitten alle Genossen, gemäß den ihnen zugegangenen Richtlinien über die Kassierung und den Vertrieb der Kampffondsmarken bemüht zu sein und die Kassierung in den nächsten Tagen vorzunehmen und die Abrechnung mit der Zentralkasse bis spätestens zum 5. November zu erledigen.

Mit kommunistischem Gruß!

Zentrale der KPD. (Abteilung Gewerkschaften)
Walcher. Schoenbeck.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231105-16/fragment/page=0002

Der Schwindel der Goldmarkentlohnung

Die Berechnung in Goldmark oder ausländischen Valuten hat in der letzten Zeit mit rapider Geschwindigkeit zugenommen. Alles rechnet in Goldmark, vom kleinsten Händler mit seiner Handelskammertabelle bis zum Großindustriellen. Aber alles rechnet mit der Friedensgoldmark plus Weltmarktteuerung. Der Lohn- und Gehaltsempfänger muß zusehen, wie er mit seinen entwerteten Papierlappen dieser Teuerung Herr wird. Die Bourgeoisie ist mit Kurpfuschermitteln schnell bei der Hand, um dem Proletariat eine Fata Morgana vorzugaukeln. Den Lohn- und Gehaltsempfängern wird die Goldmarkentlohnung vorgeschwindelt.

Betrachten wir die Frage etwas näher. Die Arbeiterschaft verlangt den vollen Friedensreallohn. Wir verstehen hierunter nicht den Lohn in Friedensnennwert, sondern einen Lohn, der heute dieselbe Kaufkraft besitzt wie vor dem Kriege. Nehmen wir folgendes Beispiel: Angenommen, ein Arbeiter hätte vor dem Kriege monatlich 100 Goldmark verdient. Die Weltmarktpreise sind, nach Schätzungen der Industrie (in Wirklichkeit sind sie höher), um 65 v. H. gestiegen. Folglich müßte der Arbeiter heute, um dieselbe Quantität Bedarfsgegenstände kaufen zu können, **165 Goldmark** verdienen.

Will man nun diesen Lohn zahlen? Keineswegs. Bei Verhandlungen der Zentralarbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände ist ein Verarmungsfaktor der deutschen Wirtschaft von einem Drittel festgesetzt worden. Der Generaldirektor der **Siemens-Schuckert-Werke, Köttgen,** hat ebenfalls diesen Verarmungsfaktor auf ein Drittel berechnet. Dieser Faktor soll vom Goldmarklohn abgerechnet werden. Auf Grund dieser Berechnung kommen wir zu einem **Goldlohn von 165 mal zwei Drittel gleich 110 Goldmark.** Die Weltmarktüberteuerung soll demzufolge das Proletariat tragen. Weitere Aufschlüsse über die beabsichtigte Goldlohnhöhe gibt uns Herr Stinnes in seinem Publikationsorgan, der „DAZ.", vom 26. Oktober. Da wird geschrieben:

„Gänzlich abzulehnen ist bei den derzeitigen Verhältnissen für die Goldlohnfestsetzung der sogenannte Goldentwertungsfaktor auf dem Weltmarkt."

Die „DAZ." begründet diese Ablehnung durch die nach ihrer Ansicht minimalen Wohnungsmieten und glaubt, daß dadurch der Goldentwertungsfaktor ausgeglichen würde. Daß die Wohnungsmieten im Begriff sind, auch die Goldmarkbasis zu erklettern, weiß man sehr wohl und schreibt:

„Die Angleichung der heutigen Miete an die Friedensgoldmiete ist im Laufe der nächsten Monate allmählich zu erwarten."

Und gerade, weil dies zu erwarten ist, heißt es weiter: „ist es erst recht notwendig, den Goldlohn heute entsprechend niedriger zu vereinbaren".

Ferner hält Stinnes eine **weitere Einschränkung der Lebenshaltung für selbstverständlich.** Daß diese Einschränkung nur für die Lohn- und Gehaltsempfänger in Frage kommt, versteht sich. Aber nicht nur der Weltteuerungszuschlag wird abgelehnt, sondern einen entsprechenden **Abzug vom Friedenslohn** rechtfertigt er mit folgenden Worten:

„Dies (die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt) hat zur Voraussetzung, daß wir auch **im Lohnkonto billiger produzieren, als das Ausland und als im Frieden. . . .** Der deutsche Lohn muß also auch als **Goldlohn grundsätzlich unter Friedenshöhe liegen."**

Hier wird offen ausgesprochen, daß man nicht einmal, trotz 65prozentiger Steigerung der Weltmarktpreise, den einfachen Friedenslohn zahlen will, sondern nur etwa einen Lohn von **80 Goldmark, der dann 50 Prozent des wirklichen Friedensreallohnes ausmacht.** Weiter schreibt Stinnes:

„Goldlohn kann ferner nur für Goldleistung gegeben werden. Hierfür müssen durch das **Arbeitszeitgesetz und durch den Abbau der Demobilmachungsbestimmungen die Voraussetzungen gegeben sein."**

Die Unverschämtheit dieser Profitmacher ist grenzenlos. Während heute der Profit das Vielfache aus der Friedenszeit ausmacht, weil sie seit mehr als acht Jahren das schaffende Volk ausgeplündert haben, und in eine Lebenshaltung drücken konnten, die weit unter dem Existenzminimum liegt, verlangen sie von dieser ausgehungerten und ausgemergelten Arbeiterschaft „Goldleistung", und zwar „Goldleistung", wofür nur ein Bruchteil des Friedenslohnes gezahlt, die Lebenshaltung noch weiter abgebaut werden soll.

Daß man bei einer solchen Beschneidung des wirklichen Reallohnes noch von Goldlohn spricht, ist eine so ungeheuerliche Gaunerei, wie sie eben nur nach fünf Jahren der schlimmsten Korruption denkbar ist, die in der Arbeitsgemeinschaftspolitik liegt, und die das Selbstbewußtsein der Stinnes- und Konsorten ins Uebernatürliche gezüchtet hat.

Aus den Betrieben und Werkstätten

Ludwig Kathe, der moderne Unternehmertyp

Falls die Unternehmer einen Wettbewerb ausschreiben würden, in welchem Betrieb die Arbeiter am meisten schikaniert werden, würde sich die Firma Ludwig Kathe, Hofwagenfabrik in Halle, sicher den ersten Preis holen. Die Belegschaft bezeichnet er mit „faule Hunde" und kontrolliert mit der Uhr in der Hand, in welcher Zeit die Arbeiter ihre Bedürfnisse auf dem Klosett verrichten können. Das Betriebsrätegesetz ist für ihn Luft, und mit den Arbeitervertretern verkehrt er grundsätzlich nur schriftlich.

Kathe, der vor einigen Wochen vor dem Schlichtungsausschuß seine Hoffnungen auf den Einmarsch der Bayern setzte, glaubte, schon den Sieg in der Tasche zu haben, als er vor einigen Tagen den Arbeiterrat und die ganze Belegschaft auf die Straße setzte. Die ungeheure Not der Arbeiterschaft ist für ihn ein unbekanntes Ding. Am Dienstag beauftragte die Belegschaft den Arbeiterrat, wegen der Auszahlung von vier Milliarden Mark Vorschuß vorstellig zu werden, die am Tage vorher von der Unternehmer- und Arbeiterorganisation der Metallindustrie in Magdeburg vereinbart wurden. Die schriftliche Eingabe des Arbeiterrats beantwortete Kathe überhaupt nicht. Am Mittwochmorgen verlangte die Belegschaft sofortige Verhandlungen, da sie vor Hunger weder aus noch ein wußte. Kollege Beige als Obmann des Arbeiterrats wollte die übrigen Mitglieder des Arbeiterrats zusammentrommeln. Herr Kathe hatte davon Wind bekommen. Wie ein wild gewordener Stier brüllte er ihn an: „Sie sind entlassen, eins, zwei, drei verlassen Sie meinen Betrieb, oder ich mache von meinem Hausrecht Gebrauch." Die Entlassung löste eine ungeheure Empörung bei den Kollegen aus, die sich spontan im Speiseraum versammelten. Sofort kam der stellvertretende Direktor Reiher und verlas einen Ukas des Herrn Kathe, daß die Belegschaft sich sofort an die Arbeitsplätze zu begeben habe. Inzwischen versuchten die übrigen Arbeiterratsmitglieder mit der Werksleitung zu verhandeln, um die Kündigung rückgängig zu machen. Vergebens. Fünf Minuten später kam ein neuer Anschlag, daß die ganze Belegschaft entlassen sei und sofort das Fabrikgrundstück zu verlassen hätte. Damit die Sache schneller ging, brachte Kathe gleich einen Sipowachtmeister mit.

Diese Vorgänge waren Gegenstand der Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß und Gewerbegericht. Letzteres entschied, daß die **Entlassung des Kollegen Beige als Arbeiterratsvorsitzender nichtig sei.** Eine Entscheidung über die übrigen Arbeiterratsmitglieder und die Belegschaft konnte nicht gefällt werden, da Kathe schnell eine Feststellungsklage bei dem Gewerbegericht des Saalkreises eingereicht hatte. Er hoffte damit, die Sache wochenlang zu verschleppen. Die zuständigen Organisationen machten ihn aber einen Strich durch die Rechnung. Sie setzten durch, daß das Gewerbegericht schon am Donnerstag die „Feststellungsklage" des Herrn Kathe erledigte. Das Resultat war für ihn etwas überraschend. Das Urteil lautete: „Die Entlassung der Belegschaft ist zu Unrecht erfolgt." Alle daraus entstehenden Konsequenzen, besonders die finanziellen, werden Herrn Kathe in Rechnung gestellt. Solange er es für notwendig befindet, seinen Betrieb geschlossen zu halten, muß er seine Arbeiter zu den jeweiligen Tariflöhnen bezahlen. Dieses Ergebnis konnte nur erzielt werden, weil die Belegschaft diszipliniert und bis auf den letzten Mann freigewerkschaftlich organisiert ist.

Die Organisationsvertreter werden von Kathe ganz besonders gehaßt. Vor dem Schlichtungsausschuß brüstete er sich damit, bei der Staatsanwaltschaft gegen den Kollegen Höcker vom DMVB. Anzeige erstattet zu haben, weil dieser in einer Belegschaftsversammlung zum „Kampf aufgefordert" hätte. Es handelt sich um die Beibehaltung des Achtstundentages und um den Schutz der Rechte der Betriebsräte.

Krieg gegen die Kommunisten

führt die Firma Weißes Söhne. Alles was sich nach ihrer Meinung im Sinne der KPD. betätigt, muß aus dem Betriebe. Die Firma wollte diese Methoden schon öfters bei ihrem ehemaligen Betriebsratsvorsitzenden Lehnert anwenden. Nachdem sie ihr Ziel nicht erreichen konnte, müssen jetzt andere ran. Vor kurzem hatte die Verwaltung Halle des DMVB. eine Jugendsektion gebildet und zu ihrem Leiter unseren Jugendgenossen Knoche gewählt. Als solcher hat er nun auch bei der Firma Weißes Söhne Jugendvertrauensleute wählen lassen. Das war für die Firma verdächtig. Und so entließ die Firma ihn und seinen Freund Gessing. Diese Firma, die ihre Arbeiter, und auch vor allem die jungen, nach amerikanischen Methoden ausbeutet, weiß wahrscheinlich gar nicht, daß hier vor allem Jugendschutz nottut. Also wollen wir ihr einmal das Gedächtnis schärfen und einige Fälle in Erinnerung rufen: „Wahrscheinlich wissen die Herren nicht, daß ihr Betriebsleiter Gegner 20jährige junge Arbeiter ohrfeigt und daß einer der Herren Chefs 20jährige junge Arbeiter mit Redensarten belegt, wie: „Sie sind mir zu dumm." Ein junger Arbeiter, der sich das Bein verletzt hatte, wurde kürzlich auf eine Karre geladen, um ihn nach dem Krankenhaus zu bringen. Die Firma scheint auch nicht zu wissen, daß ihr Betriebsleiter Lehrlinge bestraft und sie einfach wegen irgendeines kleinen Vergehens nach Hause schickt. In diesem Betriebe ist Jugendschutz bitter notwendig. Die Firma will unter allen Umständen ihre Arbeiter provozieren und ebenso wie andere hallische Firmen, ihre Arbeiter aussperren. Glücklicherweise sind die Arbeiter zu vernünftig, um sich provozieren zu lassen. Aber sie versprechen der Firma heute schon eins: Auch die Zeit der Arbeiter kommt wieder, wo es endgültig mit ihren Scharfmachermethoden vorbei ist.

Und Stinnes deutet auch den Weg an, der zu seinem Ziele führen soll. Um den „Goldlohn" immer niedriger zu drücken, schlägt er vor, die alte Lohnspanne zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern wieder herzustellen.

„Deshalb wird der Lohn der Ungelernten der Ausgangslohn für die Goldtariflöhnung werden müssen, **um zu hohe Goldlöhne unter allen Umständen zu vermeiden. . . ."**

Man ist um die Mittel wahrhaftig nicht verlegen, den „sogenannten Goldlohn" auf ein Minimum zurückzuschrauben.

Dieser Plan ist die Stabilisierung der jetzt in Papiermark gezahlten Löhne, denn unter diesen Voraussetzungen wird dieser Goldlohn nicht mehr wie 40 Prozent des wirklichen Friedensreallohnes betragen.

Und um die Arbeiterschaft für diese Pläne mürbe zu machen, ist die Diktatur der Weißen Generale eingesetzt. Dies ist die eine Seite der „Gold"entlohnung.

Zum Zwecke der Goldentlohnung hat nun die Reichsregierung begonnen, auch „wertbeständiges Geld" auszugeben. Neben den vielen „wertbeständigen Zahlungsmitteln" spielt die Rentenmark, die für den Zahlungsverkehr zugelassen wird, bei der Lohnzahlung wohl auch die Hauptrolle, weil die Einteilung auch in Pfennig-Einheiten vorgesehen ist. Also Rentenmark ist nicht in Gold oder Devisen einlösbar und verliert dadurch schon an Stabilität. Nach all den Erfahrungen mit den Devisenmaßnahmen ist vorauszusehen, daß diejenigen, die Rentenmarkkredite in Besitz haben auf Baisse spekulieren werden, um an dem Fall der Rentenmark wieder ein glänzendes Geschäft zu machen, ähnlich wie bei den Papiermarkkrediten. Die minimale Ausgabe von 1200 Millionen Rentenmarkkrediten, die schnell verausgabt sind, bürgt für den Fall der Rentenmark. Die Industriewerke sind, nach Genehmigung durch den Finanzminister berechtigt, „wertbeständige" Notgeldscheine gegen Hinterlegung von Goldanleihestücken auszugeben. Sie werden ebenfalls wie die Rentenmarkkreditbesitzer ein Interesse am Fall der Goldanleihestücke haben. Diese sogenannten wertbeständigen Gelder sind der größte Schwindel, der bis jetzt herausgekommen ist. Für das Gros der Werktätigen bleibt die Papiermark als Zahlungsmittel bestehen, und die Börsenspekulation wird die Wertbeständigkeit des Neugeldes in alle Winde zerflattern. Die Macht der Industriekreise, die Kredite in Anspruch nehmen, ist so groß, daß sie auch hier wieder ein glänzendes Geschäft machen.

Außerdem kommt, nach der „DAZ.", der Uebergang zu den Goldlohntarifen nur da „in Frage", wo „die nötigen wertbeständigen Zahlungsmittel auch tatsächlich zur Verfügung stehen". Das ist deutlich genug!

Und wie steht es überhaupt mit der Wertbeständigkeit dieses neuen Geldes? Wenn die Sache so verflucht einfach ist, wie sie heute praktiziert wird, warum ist man nicht schon lange dazu übergegangen? Just in der Zeit des allertiefsten Verfalls kann man plötzlich „wertbeständiges Geld" erzeugen! Freilich, des Rätsels Lösung ist, daß zwar neues Geld mit Dollar- und Rentenmarktzeit an Stelle des Millionen- und Milliardentextes auf den Papierzetteln erzeugt wird, aber damit noch lange kein Wert. Diese Operation der Staats- und Wirtschaftsdoktoren ist wohl der Höhepunkt der Kurpfuscherei in der bankrotten Republik. Sie legen andere Platten in die Notenpresse und die Sache ist gemacht. Aber die Notenpresse kann wohl Geld- und Dollarnoten und ungezählte Papiermark drucken, aber wirkliche Werte kann sie nicht erzeugen.

Dieser aufgelegte Schwindel soll nur dazu benutzt werden, die Arbeiterschaft abzulenken, damit die Industriehänen ihr Schachergeschäft weiter fortsetzen können. Und solange das möglich ist, solange wird die Knechtung und Ausplünderung des schaffenden Volkes, die Zerrüttung und Auflösung der Wirtschaft, trotz alles wertbeständigen Schwindels weiter fortschreiten.

Eine Wendung zum Aufstieg und eine Hebung der gesamten Lebenshaltung der Arbeiterschaft ist nur erst dann möglich, wenn sie die politische und wirtschaftliche Macht übernimmt, die Sachwerte und den Reichtum der Besitzenden als die Grundlage einer neuen Wirtschaftsordnung benutzt, durch die allein nur noch eine Hebung der Wirtschaftsbilanz und damit auch ein Aufstieg in der Lebenshaltung aller Werktätigen möglich ist. Die dankenswerte Aufklärung, die das Stinnesblatt über die „Gold"löhne und „goldenen" Zahlungsmittel gibt, stellen das Proletariat vor die klare Entscheidung bei Goldschwindel elend zu verrecken, oder die Diktatur der „Gold"macher zu zerschmettern.

K.P.D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107001 Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonn abends nachmittags geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle

Ortsleitung. Heute, Montag, abend 7½ Uhr: **Wichtige Sitzung im Ortsbureau.**

Bezirksleiter und Stellvertreter, sowie Betriebszellenobleute. Dienstag, 6. November, abends 6 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": **Wichtige Sitzung.** Pünktliches Erscheinen ist erforderlich.

KPD.-Betriebsräte. Dienstag, 6. November, abends 7 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft: **Wichtige Sitzung.**

Zentralbibliothek Halle. Burgstraße 27 (Volkspark), geöffnet Dienstags und Donnerstags, abends 6 bis 8 Uhr. Bücherverzeichnisse jedergezt zu haben: Volksbuchhandlung, Harz 42/44.

Halle-Saalkreis

Ortsgruppenvorsitzende und Stellvertreter. Dienstag, 6. November, abends 6 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": **Wichtige Sitzung.** Pünktliches Erscheinen ist erforderlich.

Kreis Delitzsch

Delitzsch, Montag, 5. November, abends 8 Uhr, im „Lindenhof": **Oeffentliche Gewerkschaftsversammlung.** Thema: Wirtschaftliche und politische Zeitfragen. Referent anwesend.

Kreis Bitterfeld

Bitterfeld. Mittwoch, 7. November, nachmittags 5 Uhr, im „Fürst Bismarck": **Fraktionssitzung aller Betriebe.** (Siehe Notiz im Provinzteil.)

Bezirks-Zentral-Buchhandlung

Telephon 2251. **Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14.** Telephon 2251.

Filialen: Halle a. d. S., Harz 42/44, Telephon 2251. Merseburg, Markt 7. Eisleben, Petersstraße 8. Zeitz, Liebknechtstraße 4. Weißenfels, Dammstraße 18. Wittenberg, Lutherstraße 11. Bitterfeld, Burgstraße 41. Bockwitz, Volkshaus. Postscheckkonto: Leipzig 1068 45, Fritz Krab, Halle.

Magdeburg: Buchladen Tribüne, Magdeburg, Jakobstraße 4.

Schlüsselzahlen: Bina 1,5 für Flugschriften, 3 Milliarden für Bücher; B.-P. 106 Milliarden.

Burghardt & Becher

Halle a. d. S., Leipziger Straße 10. 008

Emaille, Glas, Porzellan- und Steingut.

UT

Leipziger Straße 88.

Henny Porten

in dem neuesten 5-aktigen Film

Inge Larsen.

Ebenfalls im Urmensch

WT

Waßhalle-Lichtspiel Theater.

Der Zirkus- u. Filmstar-Sensationsfilm

Die letzte Assassine

Ein Akt. Geschehnisse.

UT

Alte Promenade 17a

Der steinerne Reiter.

5 Akte mit

Asta Nielsen-Novge.

— Violet —

Der Roman einer Mutter. 5 Akte n. einem Roman v. C. Aram.

Parteigenossen!

Bekommt Ihr regelmäßig den

„Parteiarbeiter?"

Bekanntmachungen

Das Reichsmietengesetz.

Auf Grund des Reichsmietengesetzes vom 24. März 1922 (Reichsgesetzbl. S. 273) in Verbindung mit der Ausführungsverordnung des Preußischen Ministers für Volkswohlfahrt vom 4. August 1923 (Gesetzsamml. S. 382) wird gemäß unserem Beschluß vom 26. Oktober 1923 mit Genehmigung des Herrn Regierungspräsidenten zu Merseburg (Beschluß vom 29. Oktober 1923 — I W 15010/23 E/W) die Verordnung des Magistrats vom 28. September 1923 in folgenden Punkten geändert:

1. Der Zuschlag für Verwaltungskosten und die nicht umlagefähigen Betriebskosten einschließlich des Zuschlages für die Steigerung der Zinsen einer in der Vorkriegszeit vorhandenen Belastung des damaligen Grundstückswertes und die Steigerung der Kosten für die Erneuerung dieser Belastung gemäß §§ 3 Abs. 1 Ziff. 1 des Reichsmietengesetzes beträgt unbeschadet der Bestimmungen des § 3 der obigen Magistratsverordnung 38808000 Grundmieten (8880800000 Prozent).

Für Räume, die zu gewerblichen Zwecken (§ 1 der Reichsgewerbeordnung) hergestellt sind oder mit Zustimmung des Magistrats (WA.) für gewerbliche Zwecke verwendet werden, beträgt der Zuschlag für Verwaltungskosten und die nicht umlagefähigen Betriebskosten 48510000 Grundmieten (4851000000 Prozent).

2. Umlagefähig sind außer den im § 3 obiger Magistratsverordnung aufgeführten Betriebskosten auch die Kosten der Feuersicherversicherung in ortsüblicher Höhe und die Kosten für Ungeziefervertilgung.

3. Der Zuschlag für die laufenden Instandsetzungsarbeiten gemäß § 3 Abs. 1 Ziff 3 des Reichsmietengesetzes beträgt 145974000 Grundmieten (14597400000 Prozent).

Für Räume, die zu gewerblichen Zwecken (§ 1 der Reichsgewerbeordnung) hergestellt sind oder mit Zustimmung des Magistrats (WA.) für gewerbliche Zwecke verwendet werden, beträgt der Zuschlag für die laufenden Instandsetzungsarbeiten gemäß § 3 Abs. 1 Ziff 3 des Reichsmietengesetzes 182468000 Grundmieten (18246800000 Prozent).

4. Die Höchstgrenze des Zuschlages für große Instandsetzungsarbeiten im Sinne des § 6 obiger Magistratsverordnung wird auf 145974000 Grundmieten (14597400000 Prozent) festgesetzt. 4170

5. Dieser Beschluß tritt mit dem 1. November 1923 in Kraft.

Halle, den 30. Oktober 1923.

Der Magistrat.

Mit der Veröffentlichung obiger Bekanntmachung wird gleichzeitig auf die preußische Ausführungsverordnung zum Gesetz über Mieterschutz und Mieteinigungsämter vom 25. September 1923 (Ges.-S. S. 449) hingewiesen, wonach in Fällen, in denen die gesetzliche Miete gilt, Vermieter und Mieter berechtigt sind, zu verlangen, daß der Mietzins in Monatsabschnitten gezahlt wird.

Der vom Bezirksausschuß genehmigte 2. Nachtrag zur Gewerbesteuerordnung für die Stadt Halle vom 18. Mai 1923 liegt im städtischen Gewerbesteuerbureau, Rathausstraße 19, III., Zimmer 71, zur Einsichtnahme aus.

Halle a. d. S., den 17. Oktober 1923.

4177 **Der Magistrat.**

294 **Kade-Liköre**

Spez.: **Kadedicktiner**

Moritz Kade Nachf.

Charlottenstr. 11.

Tel. 2359.

Mehring, Karl Marx.

Die beste Marx-Biographie.

Grundpreis 5,— mal Schlüsselzahl des B.-P.

Zu beziehen durch: **Bezirks-Zentral-Buchhandlung, Halle a. d. S.,** Lerchenfeldstr. 14. und deren Filialen

Alle Parteischriften empfehlt die **Volksbuchhandlungen**

C.-T.

Am Riedeckplatz

Täglich m. größt. Erfolg!

Der gewalt. Film u. Bühnentell mit dem indischen Tänzerpaar

Shiva Chandra und Mysora Khani.

C.-T.

Fr. Ulrichstr. 51.

Der entzückende Gesangsfilm:

Madel u. ihre Freier

4181 Hierzu:

Die Krim.-Sensat.

Lady Violette.

Kleine Anzeigen haben bei uns den besten Erfolg!

Bekanntmachung.

Notgeld der Stadt Halle.

Das von der Stadt Halle in Scheinen zu

„Einhunderttausend Mark",
„Fünfhunderttausend Mark",
„Eine Million Mark",
„Fünf Millionen Mark" und
„Einhundert Millionen Mark"

herausgegebene Notgeld wird aus dem Verkehr zurückgezogen und **verliert mit Ablauf des 30. November 1923 seine Gültigkeit.** Die Einlösung gegen Reichsgeld erfolgt bis zum 30. November durch die hiesigen Banken und städtischen Kassen. **Nach diesem Zeitpunkte findet ein Umtausch dieses Notgeldes nicht mehr statt.**

Die über höhere Werte ausgegebenen städtischen Notgeldscheine bleiben bis auf weiteres als Zahlungsmittel in Umlauf.

Halle, den 26. Oktober 1923.

4178 **Der Magistrat.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231105-16/fragment/page=0003

Der mitteldeutsche Braunkohlenstreik mit Gewalt abgewürgt

Der für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau vom Reichsarbeitsministerium eingesetzte Schlichtungsausschuß hat in der Sitzung vom 31. Oktober 1923 folgenden Schiedsspruch gefällt:

1. Die Arbeit wird bis zum 2. November 1923 wieder aufgenommen.
2. Die Arbeiter werden wieder eingestellt
   1. soweit sie sich Verfehlungen nicht haben zuschulden kommen lassen, die nach allgemein gesetzlichen Bestimmungen die fristlose Entlassung rechtfertigen.
      Die Beteiligung am Streik und die legale gewerkschaftliche Betätigung im Sinne des Streiks fallen nicht hierunter.
   2. Soweit nicht technische oder wirtschaftliche Verhältnisse die Wiederanlegung innerhalb des Betriebes unmöglich machen. Zur Beurteilung der Frage, inwieweit eine wirtschaftliche Unmöglichkeit besteht, ist festzustellen, inwieweit durch amtliche Auskunft zuständiger Behörden bewiesen werden könne, daß auch ohne Ausbruch des Streiks die Notwendigkeit von Arbeiterentlassungen bestehen würde.
3. Ueber Streitfälle aus der Frage, inwieweit nach Ziffer 2,1 Arbeiter wieder einzustellen sind, sowie über die Frage, ob, in welchem Umfange und bis zu welcher Zeit technische oder wirtschaftliche Hindernisse zu beheben sind, entscheiden auf Antrag der beteiligten Arbeitnehmer und Arbeitgeber endgültig Schiedsstellen, zu denen der Demobilmachungskommissar den unparteiischen Vorsitzenden und je einen Beisitzer aus dem Kreise der Parteien im Benehmen mit den beteiligten Verbänden ernennt. Der Demobilmachungskommissar veranlaßt die Hinzuziehung der Bergbehörden.
4. Arbeitern, die aus wirtschaftlichen oder technischen Gründen nicht wieder eingestellt werden, hat das Werk auf Antrag sofort bei der Ablehnung eine Bescheinigung auszustellen, aus der hervorgeht, daß Grund der Beschäftigungslosigkeit die Unmöglichkeit der Verwendung im Werk und nicht der Streik ist. Kommt das Werk einem dahingehenden Antrage nicht nach, so hat darüber die Schiedsstelle (Ziffer 3) zu entscheiden.
5. Für Arbeiter, die wieder eingestellt werden, gilt der Streik nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses.
6. Soweit Arbeiter aus betriebstechnischen oder wirtschaftlichen Gründen nach Ziffer 2 und 3 nicht wieder eingestellt werden, dürfen Arbeiter gleicher Art, die vor dem Streik dem Betriebe nicht angehört haben, bis zum 25. November nicht neu eingestellt werden.
7. Die nach Ziffer 2 und 3 wieder eingestellten Arbeiter dürfen bis zum 9. November nur aus einem von ihnen zu vertretenden Umstande, nicht aus technischen und wirtschaftlichen Gründen des Betriebes wieder entlassen werden.
8. Anträge gemäß Ziffer 3 und 4 haben die beteiligten Parteien innerhalb von drei Tagen nach Entstehung des Streitfalles über ihre Verbände der Schiedsstelle zuzuleiten.
9. Frist zur Erklärung über den Schiedsspruch läuft bis zum 2. November 1923 mittags 12 Uhr.

Zu diesem jämmerlichen Schiedsspruch nahmen die Bergarbeiter Stellung. Die Stimmung unter der Bergarbeiterschaft war geradezu verbissen. Sie sahen das verbrecherische Spiel auslaufen, das ihnen die Gewerkschaftsbureaukratie geliefert hat. Mit eiserner Ruhe wurde Rodigau anhört. Besonders bei der Mitteilung, „daß es bald Goldlöhne geben soll", konnten die genasführten Bergleute nichts anderes, als höhnendes Gelächter über Parolenschmied Rodigau auszuschütten. Hesse wurde schon mit höhnischen Zurufen empfangen. Die Arbeiterschaft läßt nicht weiter Schindluder mit sich treiben. Bezeichnend für die Lage der Arbeiterschaft im Bergbau war, daß, als Hesse empfahl, die Arbeit wieder aufzunehmen, hundertfach der Ruf kam: „Wo nehmen wir das Fahrgeld her? Mit leeren Magen können wir nicht heute abend schon losgehen, um zu Frieß auf die Grube zu kommen." So endete also der Bergarbeiterstreik, der „rein wirtschaftliche Forderungen erkämpfen wollte, in den sich keine politische Partei einmischen sollte" mit einem schmählichen Fiasko. Hoffentlich wird dieser Streik den Arbeitern ein gut Teil Selbstbewußtsein zurückgeben, um diesen „Führern" der Gewerkschaftsbewegung die Antwort zu erteilen. Wir werden noch einmal auf diesen Streik zurückkommen.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 und 5 bis 6 Uhr.

Wäsche-, Strumpf- und Wollwaren-Großhandlung
W. Kramer
Nachf.
Halle a. d. S.
Mauerstraße 1. Tel. 5646.
Berlin
Danziger Straße 44.
Tel. Amt Königstadt 6296

Sämtliche
Sportartikel
im
Sporthaus
Julius Bacher,
Halle a. d. S., Leipziger Straße.
Telephon 5506.

Gebrüder Büchner,
Ammendorf (Saalkreis), Telephon 108.
En gros **Lebensmittel** En detail
Teigwarenfabrikation.
Echt Elstermünder Zwieback.

Briketts, Kohlen, Holz
Brennstoff-Vertriebs-Gesellschaft m. b. H.
Lager: Schmiedstraße 20b
Fernruf: 4625 und 4657

Riesels
Etagen-Geschäft
Billigste Bezugsquelle.
Erleichterte Zahlungsweise.
Herren-Garderoben
Gr. Märkerstr. 22.

Reell u. preiswert
kaufen Sie stets im
Hallischen Seifenhaus
Talamtstr. 9.

Kurz- u. Wollwaren-Bazar
Felix Librach
Mansfelder Straße 4

Bevorzugt
Rust-Liköre
in Qualität unerreicht.
Carl Rust, Halle (S.), Likörfabrik und Weingroßhandl.
Nickel-Hoffmann-Straße 4. Fernsprecher 5492.

Ernst Adam
Ammendorf, Regensburger Str. 3
Fahrräder und Eisenwaren
Schuhmacher-Bedarfsartikel

Ernst Renner
Marktplatz 14.
Herren- u. Knaben-Garderoben und Berufskleidungen.

Die billigste Bezugsquelle für
Weiß-, Woll- u. Kurzwaren
ist
F. Meiersdorf,
Magdeburger Straße 27,
Nähe Walhalla.

Restaurant Produktiv-Genossenschaft
Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14
empfiehlt sich der hallischen wie auswärtigen Arbeiterschaft aufs beste.
Gute Speisen u. Getränke. — Solide Preise.

Sie kaufen billig im
Wäsche- und Wollwaren-Lager
E. Wagenberg
Gr. Ulrichstr. 25.

A. Penndorf
Weiß- und Wollwaren
Ammendorf, Friedenstraße 9

Kaufen Sie
Damen- und Herren-
Hüte
aus der Hutfabrik
Franz Zenk.

Gustav Grimm,
Halle a. d. S., Steinweg 38.
Kurz-, Weiß- u. Wollwaren, Trikotagen, Strumpfwaren, Handschuhe, Herrenartikel.

Herm. Ziegra
Zigarrenfabrik
Ammendorf.
Zigarren, Zigaretten, Tabake
En gros En detail

Strick- u. Nähgarne, Nachthemden, sowie sämtl.
Weiß- u. Wollwaren
Dessauer Straße 2,
am Roßplatz.

Billigste Bezugsquelle für Herren- und Knaben-Garderobe
Moritz Rosenthal,
Leipziger Straße 1.

Gute Seife Billige Seife
gibts nur im Spezialgeschäft bei
Richard Weidner,
Halle-Saale, Geiststraße 32.

Damen-Konfektion
Damen-Hüte
Adolf Künzel,
Leipziger Straße 69.

An- u. Verkauf
Möbel aller Art
Kinderwagen
Kinderbettstellen
Marienstr. 3
(Laden)

Kaufhaus „Süd"
Landwehrstraße 17.
Herrenartikel
Trikotagen
Strumpfwaren.

Carl Schaefer,
Optiker,
Gr. Steinstraße 29a,
liefert
für alle Krankenkassen.

Schokoladen, Kakao, Bonbons
A. Voß,
Rannischestr. 22.

M. Kratzers
Gelegenheitskäufe
in Weiß- u. Wollwaren
Steinweg 36.

Infolge günstiger Messeeinkäufe stellen wir große Posten
Rauchtabake und Zigaretten-Feinschnitte
zu billigen Preisen zum Verkauf.
Bohne & Co., G. m. b. H.,
Gr. Ulrichstr. 54.

Raucht
Dicke Zetko
die Qualitätszigarette.
Mitteldeutsche Zigarettenfabrik,
Aktiengesellschaft.

Gebr. Neumann,
Geiststraße 63,
Alter Markt 30.
Günstigste Bezugsquelle für
Tabakwaren.

August Birl,
Geiststraße 10.
Qualitäts-Schuhwaren.

Der Arbeiter
deckt seinen Bedarf an
Weiß- u. Wollwaren
bei
Querengässer
Kleine Ulrichstraße 18a.

Sally Bilezky,
Leipziger Str. 103 I.
Günstige Angebote in Leinen- u. Baumwollwaren en gros.

Carl Kuckenburg,
Rannischestr. 11.
Haus- und Küchengeräte
Eisenwaren, Werkzeuge

Klein-Berlin
Schuh-Vertrieb
Sternstr. 14

Ammendorf. **F. Baldauf,** Ammendorf.
Kolonialwaren. Manufakturwaren.

Paul Menz Nachf.
Likörfabrik und Weinhandlung
Jakobstr. 60 und Neilstr. 9.

H. Israel
Handarbeiten,
Weiß- und Wollwaren
Große Steinstraße 69
und Rannischestraße 22.

Friedler
Rannischestraße 1.
Kurz- und Wollwaren
Detail. Detail.

Kauft
Weiß-, Woll- u. Kurzwaren
bei
Weinglas & Meiersdorf
Alter Markt 20.

Arbeiter.
Berufs-Bekleidung!
Wir empfehlen zur prompten Lieferung:
Monteuranzüge (Haustuch u. Köper), Kesselanzüge, Zwirn-, Satin-, Kammgarn-, Buckskin- und andere Streifenhosen, Manchester-, Gemus-, Cord- und feldgraue Hosen sowie alle Arten Sommer- und Winterjoppen u. Mäntel, des weiteren Unterwäsche für Männer u. Frauen.
Textil-Handelsgesellschaft m. b. H., Leipziger Str. 55
En gros En detail

Paul Theuring
Rohprodukten-Gesellschaft m. b. H.
kaufen und zahlen nach wie vor reelle Tagespreise für
Lumpen, Papier rc.
Auf Wunsch freie Abholung.

Holzpantoffelfabrikation
K. Kleffel,
Alter Markt 22.
En gros. En detail.

Fahrräder
und Zubehör
in bester Qualität.
F. Kleinau,
Bernburger Straße 10.

Damenhütte, vorher
J. Junke, Große Ulrichstraße 25, Brammer & Benjamin.

Kauft bei
Probsthayn
Ammendorf

Ammendorfer Schokoladen-Haus

Kaufhaus
Kurt Binnewies
Ammendorf
Die beste Bezugsquelle für Arbeiter

Seifen kaufen Händler und Hausierer im Spezial-Seifen-Haus am Bahnhof Telephon 2780. **Gr. Steinstr. 59.** S. Schatzky & Co.

Flaschenbier für Hausbedarf.
Köthitzer Schwarzbier
Kulmbacher i. Alt.-Brauerei.
Alfred Scheibe,
Bierhandlung,
Karlstr. 4. Fernspr. 6398.

Schuhwaren.
Spezialität
Dr. Diehl-Stiefel.
Moritz Reinicke
Marktplatz 20.

Schuhwarenhaus Emil König
Inh.: W. Schiller
Schmeerstraße 27.

Otto Just
Kohlen und Holz.
Ludwig-Wurhererstraße 45,
Rosenstr. 13, Kristlr. 33.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231105-16/fragment/page=0004

Klassenkampf

Halle und Saalkreis

Halle, 5. November 1923.

Was kostet der „Klassenkampf" und „Das Wort" in der laufenden Woche?

Leser und Genossen! Eure Zeitung kann wieder erscheinen. Sie ist „versuchsweise" von den Militärdiktatoren freigegeben worden. Wenn der „Klassenkampf" nicht den „Ton" findet, der dem Belagerungszustandsmachthaber genehm ist, dann wird er wieder verboten. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Komödie der Verbote weitergeführt wird. Daß einem Unternehmen durch derartige Maßnahmen empfindliche Verluste entstehen, ist selbstverständlich. Man fühlt sich heute noch zu schwach, um schärfere Maßnahmen zu ergreifen. Darum sollen in erster Linie die Arbeiterbetriebe zerschlagen und die Organisationen der Arbeiter vernichtet werden. Darum müssen die Arbeiter jetzt in dieser entscheidenden Stunde zusammenstehen wie ein Mann und ihre Organisationen und ihre Unternehmungen verteidigen und vor dem Untergange schützen.

Die katastrophale Entwicklung auf allen Gebieten zwingt auch uns heute, noch rein kapitalistisch zu rechnen, d. h. für den „Klassenkampf" und „Das Wort" einen Abonnementspreis zu fordern, der vielen unserer Leser zu hoch erscheint. Und dennoch sind es Mindestpreise, die voraussetzen, daß die Beträge schnellstens eingehen müssen, wenn die Zeitung weiter regelmäßig erscheinen soll. Deshalb begreift, Leser, daß sofort bezahlt werden muß und weitere Opfer gebracht werden müssen, um das Weitererscheinen des „Klassenkampf" zu ermöglichen. Unser Kampf ist der Eure!

Der „Klassenkampf" kostet für die Zeit vom 4. bis 10. November einschließlich Trägerlohn netto

45 Milliarden Mark.

„Das Wort" erscheint nunmehr wöchentlich 3mal und kostet

15 Milliarden Mark.

Wer in dieser Woche beide Zeitungen erhält, hat netto 60 Milliarden Mark zu zahlen, die sofort an unsere Trägerinnen zu entrichten sind. Wir weisen noch darauf hin, daß **unsere „Klassenkampf"-Leser nur die Hälfte des „Wort"-Bezugspreises zahlen, da derselbe in dieser Woche allein 30 Milliarden beträgt. Dieses Entgegenkommen sollte jeder Leser wahrnehmen. Bei der Entrichtung des Abonnementsgeldes bitten wir ferner darauf zu achten, daß „Notgeld" nicht mit in Zahlung gegeben wird. Die Einwechslung erfordert von uns derart hohe Kosten, die wir zu tragen nicht imstande sind. Leser! Unterstützt auch hierin den Verlag nach besten Kräften.**

•

An unsere Inserenten!

Während die gesamte Geschäftswelt sich schon seit Wochen vor der Entwertung des Geldes dadurch geschützt hat, daß sie ihre Preise in Goldmark festsetzt, haben die Zeitungen hiervon bisher Abstand genommen, trotzdem alles, was die Zeitungen an Material benötigen, in Goldmark gezahlt werden muß, so beim Papier beispielsweise in Goldmark nach dem Dollarkurs des der Zahlung folgenden Tages. Die durch diese Zustände den Zeitungen entstandenen Verluste sind enorm und nicht länger zu tragen. Wir sehen uns daher veranlaßt, vom 5. November die Anzeigen in Goldmark zu berechnen, und zwar wie folgt:

Anzeigen (die einspaltige 23 Millimeier breite Millimeter-Zeile) kostet 9 Pfennige.

Reklameanzeigen (im Reklameteil 95 Millimeter breit) kostet die Millimeter-Zeile 38 Pfennige.

Wir bitten unsere Inserenten, von dieser neuen Festsetzung gefl. Kenntnis nehmen zu wollen.

Verlag Klassenkampf, Halle.

Verhaftung von kommunistischen Funktionären

Die Kommunistenverfolgungen setzen schon ein. Seit über acht Tagen wird der Genosse Hans Schmidt, von der Bezirksleitung der KPD. Halle-Merseburg, in Schutzhaft gehalten. Vorgestern ist der Genosse Richwin verhaftet worden, der eine „aufrührerische" Rede als Bergarbeiter vor den streikenden Bergarbeitern in Bruckdorf gehalten haben soll. In Canena sind die beiden Genossen Bürger und Esser aus den Betten verhaftet worden. Als Grund wurde vorläufige politische Schutzhaft angegeben.

All den verhafteten Genossen hat man bisher noch nichts nachweisen können, daß sie sich in irgendeiner Weise vergangen haben. Es sind ganz willkürliche Maßnahmen, die sehr gut in die Methoden eines faszistischen Staates passen.

Wir fordern die sofortige Freilassung der verhafteten Genossen.

---

* **Kreistagsfraktion des Saalkreises.** Die Mitglieder der Kreistagsfraktion treffen sich am Mittwoch, dem 7. November, vormittags 8 Uhr, im Ständehaus (Landratsamt).

* **Die Zentralbibliothek Halle,** Burgstraße 27, kann auch für den Monat Oktober ein erfreuliches Anwachsen des Lesebedürfnisses feststellen. Die eingeschriebene Leserzahl stieg von 126 im August auf 214 im September und 296 im Oktober. Besucher wurden im Oktober 892 abgefertigt, denen 884 Bücher ausgehändigt wurden. Das Interesse für soziale Romane ist immer noch am stärksten, aber auch alle übrigen Wissensgebiete wurden entsprechend stärker in Anspruch genommen. Auf die einzelnen Abteilungen verteilten sich die Entleihungen wie folgt: A Parteiliteratur 28, B Geschichte 74, C Naturwissenschaft 94, D Philosophie 24, E Soziale Romane 502, F Jugendschriften 107, G Klassiker 16, H Sammelwerke 18, I Technik 21.

* **Großfeuer.** Nachdem erst am vorigen Dienstag und Donnerstag zwei Großfeuer gemeldet worden waren, entstand in der Nacht zum Sonnabend auf dem Grundstück Delitzscher Straße 44 schon wieder ein gewaltiges Großfeuer. Gegen 2 Uhr bemerkten Passanten der Delitzscher Straße, daß aus dem hinteren Teil des Fabrikgebäudes Flammen emporschlugen. In diesem Gebäude befand sich eine Orgelbauanstalt, eine Räder- und Wagenfabrik und eine Sattlerei. Bei Ankunft der Feuerwehr stand das eine 100 Meter lange Fabrikgebäude in Flammen. Es gelang der Feuerwehr schließlich, die Orgelbauanstalt zu retten, während die beiden anderen Unternehmungen mit ihrem wertvollen Inhalt vollständig niederbrannten. Der Sachschaden beträgt ungefähr 25 bis 30 Billionen.

Aus der Provinz

An unsere Berichterstatter!

Nachdem das Verbot des „Klassenkampf" wieder aufgehoben ist, ersuchen wir unsere Berichterstatter, uns regelmäßig wieder Berichte zugehen zu lassen. Jetzt ist das erst recht notwendig, daß wir Verbindung mit den einzelnen Orten funktioniert, damit wir über alle Vorgänge schnellstens unterrichtet sind. Jede Ortsgruppe muß dafür sorgen, daß alltäglich an die Zeitung berichtet wird, denn diese ist unsere schärfste Waffe im Kampfe mit unseren Gegnern. Eine gutunterrichtete Zeitung trägt auch wesentlich bei zum schließlichen Erfolge unserer Bewegung. Deshalb auf, Genossen, an die Arbeit, laßt Euch die Mühe nicht verdrießen. Die Redaktion.

Bitterfeld. Achtung, Genossen! Zwecks Besprechung der Gewerkschaftsfrage treffen sich alle Genossen der Chemie, des Bergbaues, der Bau-, Eisen- und der Klein-Industrie am Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, im Lokal „Fürst Bismarck". Es ist Pflicht eines jeden Genossen zu erscheinen. Mitgliedsbuch ist mitzubringen. Referent ist zur Stelle. Die Fraktionsleitung.

Nach dem zweiten Verbot

In der deutschen Republik, von der die sozialdemokratischen Führer seit der Revolution behaupten, daß sie die „freieste" und „demokratischste" sei, herrscht heute der Generalsstiefel. Friedrich Ebert, der sozialdemokratische Reichspräsident, hat, statt der hungernden Bevölkerung Brot und Arbeit zu geben und ihr als Sozialdemokrat durch Erweiterung ihrer politischen und wirtschaftlichen Machtpositionen (wenn man von solchen Dingen überhaupt noch sprechen kann) zu helfen, auf Grund des § 48 der Reichsverfassung den ehemals wilhelminischen Generalen sämtliche Macht über die „freieste demokratische" Republik ausgehändigt. Die Generale nutzen diese Macht jetzt auch rücksichtslos aus.

In erster Linie natürlich gegen die revolutionäre Arbeiterschaft. Sie verbieten überall die kommunistische Presse. Mit einem achtägigen Verbot fingen sie an. Sie steigerten dann auf 14 Tage und, noch ehe das 14tägige Verbot abgelaufen war, verboten sie die Zeitungen überhaupt. Der „Klassenkampf" hat jetzt all diese Etappen durchlaufen und erscheint heute wieder zum ersten Male. Auf wie lange? Nun, der General Müller hat das Wiedererscheinen des „Klassenkampf" davon abhängig gemacht, daß wir uns in „maßvollen Grenzen halten und den politisch erregten Zeiten Rechnung tragen". Wahrscheinlich meint er damit, daß wir uns mit der Militärdiktatur, mit den schamlosen Betrügereien und mit der wucherischen Ausplünderung des arbeitenden Volkes, mit der Rechtlosmachung der Arbeiter und mit der Knebelung der Pressefreiheit abfinden und dieses verfaulende System unterstützen sollen. Wir wollen dem General auf diese Bedingungen nur das eine sagen, daß wir nicht zu „hetzen" brauchen. Die herrschenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse sind derart aufreizend und hetzerisch, daß man über die Geduld der Verzweifelnden erstaunt ist.

*

Mit dem unbefristeten Verbot des „Klassenkampf" hatte der General Müller zugleich auch die Besetzung des Verlags-Gebäudes in der Leipzigerstraße durch ein größeres Schupokommando angeordnet. Außer der Ueberwachung der Druckerei durch die politische Polizei waren in den letzten Tagen auch bewaffnete Schupobeamte anwesend, die unter allen Umständen verhindern sollten, daß irgendwelche „staatsgefährdende Gedanken" in die Oeffentlichkeit kommen und dadurch „Ruhe und Ordnung gefährden". Jeden Abend marschierte ein Schupokommando in Stärke von 16 Mann vor dem „Klassenkampf"-Gebäude auf, um es zu besetzen. Die verdutzten Schupobeamten machten meist ganz verdutzte Gesichter, wenn sie von den Kommunisten nicht gleich aufgefressen wurden.

All die Maßnahmen und Schikanen aber werden dem General nichts nutzen. Die kommunistische Presse kann man verbieten, der Gedanke des Kampfes aber lebt.

Inzwischen werden die letzten Bastionen sturmreif. Und bald wird auch dort die rote Fahne als Zeichen der siegreichen proletarischen Revolution aufgepflanzt.

*

Vor dem Verbot rechnete die Arbeiterfrau noch mit dem Einmilliardenschein; denn der Durchschnittslohn eines Arbeiters betrug etwa 20 Milliarden. Heute, nach 14 Tagen, ist der Einmilliardenschein Kleingeld geworden, er entspricht einem Wert von einem Friedenspfennig. Als die Regierung und die Gewerkschaften die hungernde Bevölkerung mit dem „wertbeständigen" Gelde zu beruhigen versuchten, das teilten sie auch mit, daß nunmehr die Notendruckpresse stillgelegt werden soll. Sie ist bis heute noch nicht stillgelegt worden. Im Gegenteil. Jetzt werden schon Billionenscheine gedruckt. Vielleicht lernen wir auch noch den Trillionenschein kennen.

*

Die kaputtspekulierte deutsche Papiermark hat aufgehört, Zahlungsmittel zu sein. Sie hat ihre Kaufkraft vollständig verloren. Die Kaufleute weigern sich heute schon, deutsche Markmengen in Zahlung zu nehmen. Sie wollen wertbeständiges Geld haben, am liebsten natürlich Dollars. Für Dollars ist alles zu haben. Eine Frau versuchte am Donnerstag in einem Fleischerladen in der Bernburger Straße einige Pfund Rückenfett zu kaufen. Der Fleischer gab an, kein Fett zu haben. Als die Frau erklärte, sie könne auch mit Dollar zahlen, hatte der Fleischer auf einmal Fett. 3½ Pfund für einen Dollar. Vor dem Kriege bekam man für einen Dollar sieben Pfund Fett.

Die letzten 14 Tage haben in der Preisgestaltung der Waren eine Entwicklung gebracht, die wohl kein Mensch für möglich gehalten hat. In den letzten Tagen war diese Entwicklung geradezu grauenhaft. Während in den ersten Tagen der Verbotszeit die Preise aller lebensnotwendigen Waren täglich „nur" um einige Milliarden in die Höhe kletterten, stiegen sie in den letzten Tagen der vergangenen Woche fast stündlich um viele Milliarden. So kostete z. B. die Margarine am Freitagabend noch 18 Milliarden, am Sonnabendabend 100 Milliarden, Butter kostete am Freitagmittag 50, abends 60, Sonnabend früh 140, und Sonnabend abend 200 Milliarden. Zucker kostete am Donnerstag 5,5, am Freitag 11,5 und am Sonnabend 27,5 Milliarden. Brot kostete am Mittwoch 8, am Donnerstag 11, am Freitag 15, am Sonnabend 43 und heute (Montag) 85 Milliarden. Schweinefleisch am Donnerstag 30, am Sonnabend 100 Milliarden. So ging es mit allen Waren. Ein kurzer Ueberblick über die letzten 14 Tage veranschaulicht die katastrophale Entwicklung noch deutlicher. Wir stellen im nachstehenden die Preise der wichtigsten Lebensmittel vor und nach dem Verbot des „Klassenkampf" zusammen. Es kosteten:

	vor dem Verbot		heute	
ein Brot	400	Millionen	75	Milliarden
ein Liter Milch	240	„	142	„
ein Pfund Kartoffeln . .	30	„	0,5	„
ein Pfund Margarine . .	1200	„	85	„
ein Pfund Butter . . .	2000	„	200	„
ein Pfund Schweinefleisch	1600	„	100	„
ein Pfund Rindfleisch . .	1200	„	80	„
ein Pfund Blutwurst . .	1700	„	96	„
ein Pfund Zucker . . .	200	„	36	„
ein Pfund Weißkohl . .	18	„	1,6	„
ein Pfund Mohrrüben .	23	„	3	„
ein Pfund Bücklinge . .	400	„	34	„
ein Pfund Käse . . .	380	„	30	„
ein Zentner Briketts . .	3714	„	152,5	„
ein Ei	150	„	10	„
eine Zigarette	10	„	3	„
ein Brief	4	„	1	„
eine Straßenbahnfahrt .	100	„	5	„
Eisenbahnschlüssel . .	600	„	100	„
eine Goldmark	2350	„	100	„
ein Dollar (Neujork) . .	12000	„	1,2	Billionen

Diese kurze Uebersicht zeigt, welches Tempo der Verfall der deutschen Wirtschaft angenommen hat. Es geht rapide abwärts. An dieser Tatsache kann auch die Militärdiktatur nichts ändern. Die Gegenüberstellung der Preise ist so „aufreizend", daß es gar keiner „hetzerischen" und „aufrührerischen" Worte bedarf, um jedem zu zeigen, daß dieses System die gesamte arbeitende Bevölkerung in den Abgrund führt.

Es wäre aber nur ein Spiel mit Zahlen, wenn auch die Löhne und Gehälter mit der Preissteigerung mitgegangen wären. Das ist aber bei weitem nicht der Fall.

Verbot verdienten die			In der Woche vor dem Verbot	in der letzten Woche
Metallarbeiter	28	Milliarden	516	Milliarden
Bergarbeiter	37	„	600 (?)	„
Straßenbahner	23	„	500 (?)	„
Bauarbeiter	30	„	570	„
Buchdrucker	30	„	700	„
Angestellten	28	„	435	„
Erwerbsloser	7,2	„	111	„

*

Am Sonnabendabend fand im Stadttheater eine Aufführung der zugkräftigen Beethovenschen Oper „Fidelio" statt. Der Ertrag sollte der Volksspeisung zugute kommen. Man hätte erwarten können, daß das Theater an diesem Abend ausverkauft gewesen wäre. Aber die hallischen Schieber und Spekulanten und das gesättigte Bürgertum, von dessen Wohltätigkeitsphrasen noch niemand satt geworden ist, kümmern sich den Teufel um die Verhungernden ihrer Stadt. Sie denken gar nicht daran, den Hungernden etwas von ihrem Ueberfluß zu geben. „Nach uns die Sündflut!" Vor fast leerem Hause ging die „Fidelio"-Aufführung in Szene. Im ganzen waren vielleicht 100 Personen anwesend, so daß kaum die Kosten für Licht und Heizung gedeckt sein dürften.

Delitzsch. Montag, den 5. November, abends 8 Uhr: Kartellsitzung im „Lindenhof". Alle freigewerkschaftlich organisierten Mitglieder sind eingeladen. — Mittwoch, den 7. November, abends 8 Uhr, findet die außerordentliche Konium-Generalversammlung statt. Als wichtigster Punkt ist die Wahl eines neuen Geschäftsführers (für den verstorbenen Ad. Münzer) vorgesehen. Es ist Pflicht aller Genossinnen und Genossen, zu dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen. Die Kontrollkarte des Konsumvereins ist mitzubringen.

Kommunistische Partei Deutschl.
Ortsgruppe Halle a. d. Saale.

Mittwoch, den 7. November, abends 8 Uhr, im Volksparksaal:

Gedenkfeier

anläßlich des Tages der siegreichen russischen Revolution.

Rede: Wilhelm Koenen / Rezitationen: Ilse Berend-Groa / Gesang: Arbeiter-Sängerchor Großer Sprechchor: Prolet. Kulturvereinigung

Das Eintrittsgeld — 5 Milliarden, Erwerbslose 1 Milliarde pro Person — wird am Saaleingang erhoben. Saalöffnung abends 6½ Uhr.

Die Ortsleitung.

Parteibeiträge

für die 44. Woche (1. Novbr.-woche):	für die 45. Woche (2. Novbr.-woche):
1. Klasse 75 Mill. Mk.	**1. Klasse 500 Mill. Mk.**
2. „ 40 „ „	**2. „ 400 „ „**
3. „ 15 „ „	**3. „ 100 „ „**

Restanten müssen die zur Zeit der Kassierung geltenden Marken kleben. Pünktlich einkassierten und Monatsabrechnung sofort erledigen.

Bezirksleitung der KPD. Halle-Merseburg.

•

Die Parteibeiträge für die Ortsgruppe Halle betragen

f. die 44. Woche (1. November-woche):	f. die 45. Woche (2. November-woche):
1. Klasse 95 Mill. Mk.	**1. Klasse 600 Mill. Mk.**
2. „ 50 „ „	**2. „ 500 „ „**
3. „ 15 „ „	**3. „ 100 „ „**

Ortsleitung Halle.

Arbeiter-Sport

Turn- und Sportverein Fichte-Halle. Fichte 2. gelang es, gegen Reinsdorf 1. mit 6 : 1 zu siegen. Halbzeit 3 : 0. Freitag, den 9. November, abends 8 Uhr, findet in der „Sonne" unsere Monatsversammlung statt. Jeder Sportgenosse muß unbedingt erscheinen.

Die heutigen amtlichen Devisenkurse (½2 Uhr nachm.)

	5. 11. Geld	5. 11. Brief	3. 11. Geld	3. 11. Brief
Amsterdam			164588000000	165412000000
Brüssel			20948000000	21052000000
Italien			18958000000	19042000000
London (f. 1 Pfd. Sterl.)			1895250000000	1904750000000
Neujork (f. 1 Dollar) .			418950000000	421150000000
Paris			24344000000	25046000000
Schweiz			75411000000	75789000000
Wien D. Oesterr. abgest.			5985000000	6015000000

1 Goldmark am 3. November (umgerechnet auf Grund des amtlichen Dollarkurses) = 100 000 000 000 Papiermark.

Verantwortlich: Ferdinand Menzel für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Merseburgerstraße 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231105-16/fragment/page=0005

Leben · Wissen · Kunst

Der Gemüsehändler

Von Anatole France

1] in einer Bearbeitung von Leo Tolstoi

Jerome Crainquebille, ein Gemüsehändler, zog mit seinem Handwagen in der Stadt umher und rief: „Kohl, gelbe Rüben, weiße Rüben!" Und wenn er Porree hatte, rief er: „Frische Spargel!" — weil Porree die Spargel der Armen sind. Einmal, es war am 20. Oktober, um ein Uhr nachmittags, als er die Montmartrestraße hinabfuhr, trat Madame Bayard, die Schusterfrau, aus dem Laden und trat an seinen Gemüsekarren heran. Sie hob verächtlich ein Bund Porree in die Höhe und sagte:

„Nichts besonderes, Ihr Porree da. Was wollen Sie für das Bund?"

„Fünfzehn Sou, Frau Meisterin. Bessere finden Sie nicht."

„Was, fünfzehn Sou wollen Sie für solch miserablen Porree?"

Und sie warf mit Abscheu das Bund zurück auf den Karren.

In diesem Moment trat der Schutzmann Nr. 64 heran und sagte zu Crainquebille:

„Fahren Sie weiter!"

Crainquebille fuhr schon seit fünfzig Jahren von früh bis abend mit seinem Karren. Die Aufforderung des Schutzmanns schien ihm gesetzmäßig und ganz am Platz. Bereit zu gehorchen, bat er die Schusterfrau, rasch zu nehmen, was sie benötigte.

„Was, darf ich etwa nicht wählen für mein Geld", bemerkte die Schusterfrau zornig.

Und sie besühlte von neuem sämtliche Porreebündel, wählte dann eins, welches ihr größer als die übrigen erschien, und drückte es fest gegen den Busen.

„Vierzehn Sou will ich Ihnen geben. Das ist genug. Sofort bringe ich Ihnen das Geld aus dem Laden, ich habe keins bei mir."

Sie ging mit dem Porree in den Laden, zur selben Zeit aber trat auch eine Kundin mit einem Kinde auf dem Arm herein.

In diesem Augenblick rief der Schutzmann Nr. 64 zum zweiten Male:

„Fahren Sie weiter!"

„Ich warte auf das Geld", gab Crainquebille zur Antwort.

„Ich sage Ihnen nicht, Sie sollen auf Ihr Geld nicht warten; ich sage Ihnen nur, Sie sollen weiterfahren", sagte der Schutzmann mit strenger Stimme.

Unterdessen probierte die Schusterfrau in ihrem Laden ein Paar blaue Schuhe dem anderthalbjährigen Kinde an. Die Käuferin eilte sehr, und die grünen Porreeköpfe lagen ganz ruhig auf dem Ladentisch.

Crainquebille, der seit vollen fünfzig Jahren mit seinem Karren durch die Straßen fuhr, verstand es, den Repräsentanten der Gewalt zu gehorchen. Diesmal aber befand er sich in einer exzeptionellen Lage, zwischen Recht und Pflicht. Er verstand sich wenig auf die Gesetze und hatte es nicht begriffen, daß sein persönliches Recht ihn von der Erfüllung gesellschaftlicher Pflichten nicht befreite. Er hatte seine Aufmerksamkeit zu sehr auf sein Recht, die vierzehn Sou zu bekommen, konzentriert und sich nicht genug an seine Pflicht, den Karren immer vorwärts und vorwärts zu schieben, erinnert. Er rührte sich nicht.

Zum dritten Male hatte ihn der Schutzmann Nr. 64 ruhig und ohne jede Aufregung aufgefordert, weiterzufahren:

„Hören Sie denn nicht, daß ich Ihnen sage, Sie sollen weiterfahren!"

Crainquebille jedoch hatte seiner Ueberzeugung nach einen gar wichtigen Grund, nicht von der Stelle zu gehen. Und er erklärte von neuem schlicht und einfach:

„Aber, du mein lieber Gott! Ich sage Ihnen doch, daß ich auf mein Geld warte."

Der Schutzmann erwiderte darauf:

„Vielleicht wünschen Sie, daß ich Sie wegen Verletzung der Polizeivorschriften zur Verantwortung ziehe? Wenn Sie das wünschen, so brauchen Sie's bloß zu sagen."

Auf diese Worte hatte Crainquebille nur die Achseln gezuckt, trostlos auf den Schutzmann geschaut und seinen Blick zum Himmel erhoben, als wollte er damit sagen:

„Gott sieht es, welch ein Widersacher der Gesetze ich bin!"

Sei es nun, daß der Schutzmann die Bedeutung dieses Blickes nicht verstanden hatte oder darin keine genügende Entschuldigung für den Ungehorsam sah; der Schutzmann fragte von neuem mit roher Stimme: ob ihn denn der Straßenhändler nicht verstanden habe.

Auf der Montmartrestraße war gerade in diesem Augenblick ein großer Andrang von Fuhrwerken. Fiaker, Droschken, Möbelwagen, Omnibusse und alle möglichen Schubkarren, drängten sich aneinander, daß es schien, als seien sie unzertrennlich miteinander verknüpft. Von allen Seiten hörte man Schimpfrufe und Flüchen.

Die Kutscher tauschten von der Ferne mit den Krämern kräftige Schimpfworte aus, und die Omnibuskonduikteure, die Crainquebille für den Urheber des Andranges hielten, nannten ihn „schmutziger Porree".

Währenddessen hatten sich Neugierige am Trottoir zusammengedrängt und hörten dem Gezank zu. Als der Schutzmann merkte, daß er beobachtet wird, dachte er jetzt nur noch daran, seine Autorität zu zeigen.

„Gut", sagte er und zog ein schmutziges Notizbuch und einen sehr kurzen Bleistift aus der Tasche.

Crainquebille beharrte auf seinem Entschluß, indem er einem inneren Antrieb gehorchte. Uebrigens konnte er sich jetzt weder zurück noch vorwärts bewegen. Das Rad seines Karrens hatte sich zum Unglück am Rade des Karrens eines Milchmannes verfangen.

In Verzweiflung sich sein Haar zausend, rief er:

„Aber ich sage Ihnen doch, daß ich auf mein Geld warte! Ach, du mein lieber Gott, ist das ein Jammer!"

Der Schutzmann Nr. 64 fühlte sich durch diese Worte beleidigt, obzwar sie mehr ein Verzweiflungsruf, als eine Widersetzlichkeit waren. Und weil jede Beleidigung bei ihm die traditionelle, gewohnte, durch Brauch geheiligte, und man könnte sogar sagen, zeremonelle Ausdrucksform: „Tod den Kühen!" *) annahm, so hatte er die Worte des Missetäters in seinem Hirn eben in dieser Form realisiert.

„Ah so! Sie haben „Tod den Kühen" gesagt? Nun gut, folgen Sie mir!"

Aeußerst verwundert und entsetzt starrte der Gemüsehändler mit seinen weitgeöffneten Augen den Schutzmann Nr. 64 an und rief, die Arme über seine blaue Bluse gekreuzt: „Ich soll „Tod den Kühen" gesagt haben? Ich? Ach! . . ."

Diese Verhaftung ward mit Gelächter von den Krämern und Gassenjungen aufgenommen. Sie entsprach den niedrigen und grausamen Instinkten der Menge. In diesem Augenblicke aber bahnte sich ein alter, schwarz gekleideter Herr, einen hohen Hut auf dem Kopfe, den Weg durch die Menge der Gaffenden. Er trat an den Schutzmann heran und sagte ihm mit ruhiger, sanfter, aber fester Stimme:

„Sie haben sich geirrt. Dieser Mann hat Sie nicht beleidigt."

„Kümmern Sie sich nicht um das, was Sie nichts angeht", erwiderte der Schutzmann, ohne jedoch diesmal seine Worte mit Drohungen zu begleiten, weil er einen gut gekleideten Mann vor sich sah.

Mit größter Seelenruhe und Zurückhaltung bestand der alte Herr auf dem Gesagten. Da sagte ihm der Schutzmann, er möge seine Meldung beim Polizeikommissar machen.

Währenddessen rief neuerdings Crainquebille:

„Ich soll gesagt haben: „Tod den Kühen!" Oh! . . ."

Eben als er diese seltsamen Worte sagte, kam aus dem Laden Madame Bayard, die Schusterfrau, mit dem Geld in der Hand. Aber der Schutzmann hielt ihn schon beim Kragen, und Madame Bayard steckte ihre vierzehn Sou wieder zurück in ihre Schürzentasche, weil sie der Meinung war, daß man einem Menschen, der von der Polizei ergriffen wird, seine Schuld nicht zu bezahlen brauche.

Als Crainquebille plötzlich begriffen, daß sein Karren aufgehalten, er seiner persönlichen Freiheit beraubt war, daß sich ein Abgrund vor ihm aufgetan und die Sonne für ihn erloschen, murmelte er:

„Nun, meinetwegen!"

Beim Kommissariat erklärte der unbekannte alte Herr, daß er auf der Gasse, durch einen außerordentlichen Andrang von Fuhrwerken aufgehalten, Zeuge des ganzen Vorganges gewesen sei. Er behauptete, der Schutzmann wäre durchaus nicht beleidigt worden, und hätte sich einfach geirrt. Darauf nannte er seinen Namen und seinen Stand: David Matthieu, Oberarzt im Hospital Ambroise-Paré, Ritter der Ehrenlegion.

Crainquebille blieb weiter verhaftet, brachte die ganze Nacht auf der Polizeiwache zu und wurde am anderen Morgen im Arrestantenwagen ins Gefängnis gebracht.

Das Gefängnis war für ihn weder erniedrigend, noch war es ihm beschwerlich. Eher erschien es ihm als etwas Notwendiges. Eines fiel ihm darin besonders auf, es war die Sauberkeit der Wände und des Fußbodens.

(Fortsetzung folgt.)

*) „Kühe" werden im Pariser Jargon die Polizeiangestellten genannt. „Mort aux vaches" wird als ein sehr beleidigender Ausdruck betrachtet.

An die Führer der VSPD.!

Hört Ihr den Schrei, hört Ihr den grollenden Ton
Der geknechteten, hungernden Massen,
Seht Ihr, wie die Fäuste sie recken schon,
Um sie niedersausen zu lassen?
Die Stunde ist nah, die Entscheidung fällt,
Da hilft kein feiges Paktieren.
Drum vorwärts! Mit in die Reihen gestellt,
Um das Volk zum Siege zu führen.

Hört Ihr den Ruf, hört Ihr das Waffengeklirr
Der Faszisten, der Volksrechtsmörder?
Seht, wie lodenlos frech das Geschwirr
Sich spreizt als des Kapitals Retter.
Hinweg mit ihnen! Dem Volk freie Bahn!
Das sei auch Eure Parole.
Wollt Führer Ihr sein, so führet uns an,
Und kämpft, dem Volke zum Wohle.

Merkt Ihr den Hohn, mit dem das ekle Geschmeiß
Der Verräter Euch will überschütten.
Wie sie verfechten um jeden Preis
Uns Schaffende niederzudrücken.
Tod dem Gelichter! Nur dann sind wir frei!
Drum hört den mächtigen Ton,
Millionenkehlig, wo es auch sei,
Schallt brausend es: **Revolution!**

E. Wald (Mitglied der VSPD.).

Die russischen Aerzte warnen die deutsche Intelligenz

In einer Vollversammlung der Moskauer Aerzte sprach Genosse Ehrenfried Wagner über „Die wirtschaftliche Lage der deutschen Aerzte". Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

„Nach Kenntnisnahme des Vortrages des Dr. Wagner über die Lage der Aerzte in Deutschland konstatiert die Vollversammlung der Moskauer Aerzte vom 17. September 1923 die schweren Lebens- und Arbeitsbedingungen der letzteren, die gegenwärtig unter dem Einflusse der wirtschaftlichen Krise in Deutschland infolge der räuberischen Politik des französischen Imperialismus und der deutschen Kapitalisten einen besonders ernsten Charakter angenommen haben.

Die schwere Lage der deutschen Aerzte und der wissenschaftlichen Arbeiter im Gegensatz zur Bereicherung eines kleinen Häufleins von Kapitalisten bedroht in hohem Grade die weitere Entwicklung der medizinischen Wissenschaft.

Dieser Lage der deutschen Aerzte muß die gesamte gebildete Welt — und speziell die russische Aerzteschaft — besonders ernste Aufmerksamkeit widmen.

Die Vollversammlung der Moskauer Aerzte erachtet es für notwendig, ständige Beziehungen zu den deutschen Aerzten zu dem Zweck anzuknüpfen, um ihnen alle mögliche moralische und materielle Unterstützung zu erweisen. Die Beratung dieser Angelegenheit und die Herstellung von Beziehungen zu den deutschen Aerzten überträgt die Versammlung dem Bureau der Aerzte-Sektion bei dem Allrussischen Verbande des Gesundheitswesens.

Für eins der Mittel, um die Lage der deutschen Aerzte möglichst schnell zu verbessern, betrachtet die Versammlung die Festigung ihrer gewerkschaftlichen Organisationen und die Vereinigung der deutschen Aerzte zu einem einheitlichen Verbande mit sämtlichen Arbeitern Deutschlands auf dem Gebiete der Gesundheitspflege nach dem Muster unserer russischen Gewerkschaft der Arbeiter des Gesundheitswesens.

Die Versammlung der Moskauer Aerzte empfiehlt ihren deutschen Genossen, die Fehler der russischen Intellektuellen nicht zu wiederholen.

In dem nunmehr bevorstehenden Kampfe der revolutionären Arbeiter gegen die Kapitalisten müssen die deutschen Aerzte sich voll und ganz an das vorgeschrittene Proletariat anschließen und ihm aus allen Kräften in seinem heroischem Kampfe für die Befreiung der Arbeiter des Roten Deutschland Unterstützung erweisen."

Möge die warnende Stimme der russischen Intellektuellen nicht ungehört verhallen und den deutschen Kopfarbeitern deutlich werden, wo ihr Platz ist bei den kommenden Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit. Es soll aber auch diese Versammlung der Moskauer Aerzte der erste, wenn vielleicht auch noch schwache Versuch sein zur Wiederherstellung engster Beziehungen zwischen deutscher und russischer Wissenschaft. Ein weiteres Zeichen, daß diese geistige Blockade bricht, ist, daß der „Verband Deutscher Apotheker" schon in nächster Zeit eine Studienkommission nach Rußland schickt, die auch an der diesjährigen Generalversammlung des Allrussischen Sanitätsarbeiterverbandes teilnehmen wird.

Die illegale Presse

Es war im Mai 1923. Im Lande des Weißen Terrors, in Ungarn, sitzt eine kleine Gruppe Jugendlicher zusammen, die darüber beraten, wie man endlich einmal ein illegales Flugblatt herausgeben könnte. Es soll wieder eine Botschaft von der Kommunistischen Partei und Kommunistischen Jugend sein, die den Arbeiter klarlegt, warum sie sich illegal organisieren sollen, sie über die Politik der Arbeiterverräter aufklärt und ihnen den Weg zuweist, der sicher zur Befreiung des ungarischen Proletariats führen wird. Es ist ein kleiner Kreis. Nur acht bis neun junge, entschlossene Arbeiter sitzen zusammen, die sich eben darüber klargeworden sind, an der illegalen Arbeit teilzunehmen, obwohl ihr Leben dabei auf dem Spiele steht. Eine von ihnen steht auf und macht folgenden Vorschlag:

„Wir müssen einen Vervielfältigungsapparat kaufen. Es ist ausgeschlossen, daß wir auf andere Art ein Flugblatt herausbringen können. Den Text werden wir gemeinsam machen. Wir machen keine großen Redewendungen, wir fangen nicht bei Adam und Eva an, sondern charakterisieren nur kurz die Lage."

Dann stand ein anderer Genosse auf und sagte:

„Ich bin dagegen, daß wir unsere Flugblätter nur vervielfältigt herausgeben. Wir müssen den Arbeitern zeigen, daß wir eine große Organisation sind, daß wir die Möglichkeit haben, unsere Flugblätter zu drucken. Wir müssen irgendwie eine Druckgelegenheit finden, wenn es uns auch große Opfer kostet."

Ein Genosse meldete, daß er in einer Buchdruckerei sei und ein paar Buchstaben, die für ein kurzes Flugblatt ausreichen, schon beschaffen könne. Er werde dann die Buchstaben selbst setzen, und wenn es nicht anders geht, eine einfache Walze mit Buchdruckerfarbe einschmieren, und mit einer Handbürste das Papier darauf drücken, so daß die notwendigen Exemplare mit diesen primitiven Mitteln hergestellt werden können.

Wir waren ein bißchen erstaunt über diese Art der illegalen Druckerei, aber später bewährte sich diese Methode glänzend. Unser Buchstabenmaterial wurde immer größer und größer und der Genosse, der die Aufgabe hatte, diese Flugblätter zu setzen, schaffte sich einen größeren Kasten an, wo er aus Streichholzschachteln für jeden Buchstaben eine besondere Abteilung schuf. Nach drei bis vier Wochen war es uns möglich, auch längere Flugblätter anzufertigen.

So entstand das erste illegale Flugblatt. Bei der weiteren Ausdehnung der Partei war ein kleiner Apparat aber unmöglich. Man dürstete danach, ein größeres Blatt herauszugeben, welches allen Arbeitern die wichtigsten Nachrichten und die nötige taktische Linie für den Kampf zur Kenntnis bringt. Der Genosse F., der in einem photographischen Atelier beschäftigt war, kam auf eine glänzende Idee. Er schrieb die Nachrichten und wichtigsten Artikel in schön gedruckten Buchstaben auf einen großen Bogen Papier und photographierte sie. Von den photographischen Negativen nahm er mittels Gasichtspapier mehrere hundert Abzüge. Allzu gut zu lesen war diese Zeitung nicht. Aber in den Tagen der bitteren Unterdrückung der Partei brauchte man Nachrichten, welche in unserer photographischen Zeitung in Hülle und Fülle standen. Wenn der Genosse schon mehrere Zeitungen photographiert hatte, legte er diese zusammen auf ein Brett und photographierte sie noch einmal. So entstanden von jeder Zeitung viele kleine Mikrophotos, von denen 20 bis 30 Stück in einer Streichholzschachtel Platz hatten. Diese konnte man nur mittels Vergrößerungsglas lesen. Im Gefängnis hatten unsere Genossen schon ihre Vergrößerungsgläser. Diese kleinen Photos einzuschmuggeln war nicht allzu schwer und so war es uns auch ein leichtes, auch diese Genossen, die im Gefängnis saßen, mit den wichtigsten Nachrichten auf dem Laufenden zu halten.

Mit der wachsenden Erkenntnis der Arbeiterschaft und dem Zustrom zur Kommunistischen Partei, die trotz der Verfolgungen eingesetzt hatte, hat man die Notwendigkeit einer gedruckten Zeitung empfunden. Aber wie unter den Verfolgungen? Die einzige Möglichkeit war nur, irgendwie eine kleine Provinzdruckerei zu verschaffen, dort vier bis fünf Genossen einzustellen und mittelst dieser die Zeitung dort herzustellen. Und dies gelang uns. Wir haben ungestört gearbeitet. Die illegalen Flugblätter gingen durch Hunderte und aber Hunderte von Händen und verbreiteten überall die frohe Botschaft von den kämpfenden Proletariern, die sich nicht niederwerfen ließen, sondern den Weg zur Freiheit bahnen.

Wenn auch Verhaftungen und Verfolgungen die Genossen oft heimsuchten, haben wir immer das Glück gehabt, daß sie niemals verrieten, wer die Flugblätter und Flugschriften verfaßt hat. Man muß sich bewußt sein, daß eins der größten Opfer seitens der kommunistischen Genossen darin besteht, diese kleinen technischen Druckereiarbeiten in den Zeiten der Unterdrückung der Partei zu leisten. In Lettland und Litauen, wo die Schergen der Konterrevolution mehr als vier Genossen, die in illegalen Druckereien arbeiteten, hingerichtet haben, gelang es doch unserer Partei, wieder und wieder neue Druckereien und neue Stellen zur Herstellung dieser Flugschriften zu errichten. Ja, die Genossen schulten sich von selbst zu dieser Arbeit, da sie von der lebenswichtigen Notwendigkeit der kommunistischen Presse überzeugt waren. Die kleinste Zelle des ärmsten Betriebes ist sich dessen bewußt, daß sie dreimal so wirksam und hundertmal so ermutigend wirken kann, wenn ihr etwas eigenes Pressematerial, wenn auch nur in der Form eines Vervielfältigungsapparates, zur Verfügung steht. Halten sich die Parteigenossen allüberall von der Wichtigkeit dieser Arbeit überzeugt, dann wächst auch in ihnen die Erkenntnis, ihre kleinen Druckereien vor jedem polizeilichen Ueberfall zu schützen. Niemand, außer denen, die nicht unmittelbar mit der Druckerei etwas zu tun haben, weiß von dieser Stelle, wo man die Flugblätter, Plakate usw. herstellt. Wenn alle Stränge reißen und die Möglichkeit, Flugblätter herzustellen, nicht vorhanden ist, dann schneiden unsere Genossen aus Wachsleinen die Stelle der Buchstaben aus und durchstreichen diese mit Farbe, so daß auf weißem Papier ein Plakat zu lesen ist, in welchem man mit flammenden Worten zum Protest gegen die Verhaftungen und Verfolgungen aufruft. Ein andermal hatte der Erfindungsgeist der Arbeiter auf diesem Gebiete auch etwas Großes geleistet. Gleich an den Wänden wurden mittels dieser Linoleumschablonen, die die Losungsworte enthielten, unvernichtbare Plakate angebracht. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß das deutsche Proletariat schon in den nächsten Tagen zum Abwehrkampf solche Mittel anwenden muß. Man darf nicht vorwegsagen, was die anderen Parteien in dieser Beziehung geleistet haben.

Goldgewinnung in Sowjet-Rußland. In den Goldwäschereien von Badeibinsk sind vom 1. Oktober 1922 bis zum 1. Juni 1923 215 Pud Gold gewaschen worden, im Durchschnitt also 27 Pud im Monat. Aus jedem Kubikmeter Sand wird bis zu 100 Solotnik (1 = 4,266 Gramm) Gold, also ein hoher Prozentsatz gewonnen. Wenn man berücksichtigt, daß die Organisierung von Goldgewinnungsarbeiten erst seit dem vorigen Jahr durchgeführt worden ist, muß man zugeben, daß man auf diesem Gebiete schon bedeutende Resultate erzielt hat.

Arbeitspalast. In der Moskauer Architekten-Gesellschaft begann eine besondere Kommission des Moskauer Sowjets unter dem Vorsitz von L. B. Krassin ihre Arbeit. Es wurde die Organisierung einer Wiederholung des Wettbewerbs für das Projekt des „Arbeitspalastes" beschlossen. Man bestimmte, daß sich am Wettbewerb auch ausländische Architekten beteiligen können. Man stellte einen Plan der Arbeit auf, demzufolge der kommende Winter für alle am Wettbewerb Teilnehmenden für die Aufstellung der Projekte ausgenutzt werden sollte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231105-16/fragment/page=0006

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags. Bezugspreis frei Haus 4.—10. Nov. 45 Milliarden, durch die Post 2310 Mill. Mk. ohne Zustell-Gebühr. Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft d. Bez. Halle-Merseburg GmbH. Halle, Lerchenfeldstraße 14. Fernruf 1045, 1047, 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 und 5—6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 9 Goldpfennige f. d. Millim. Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennige f. Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textsiebenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48. Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 10 Milliarden | Montag, den 5. November 1923 | 3. Jahrgang Nr. 247-259

Ein bayrisches Ultimatum an die Reichsregierung

Hitler-Verbände und Deutschnationale Volkspartei fordern den Rücktritt Stresemanns und Eberts und die offene Militärdiktatur über das Reich — Poincaré im Bunde mit den Zerstörern des Reiches — Ehrhardt Oberbefehlshaber der illegalen Verbände — Die bayrischen Meuterer werden vom Reiche bezahlt — Die Sozialdemokraten unterstützen die Stresemann-Regierung

Berlin, 5. November.

Das Reichskabinett trat am Sonnabend zu einer Besprechung zusammen und befaßte sich zunächst mit einer Reihe von wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen. Die Absicht, eine Aussprache über die politische Lage herbeizuführen, konnte nicht durchgeführt werden, weil der Reichskanzler durch das Eintreffen wichtiger Nachrichten aus Bayern sich zu einer sofortigen Aussprache mit dem Reichspräsidenten und dem Reichswehrminister genötigt sah.

*

Der „Vorwärts" brachte darauf die Nachricht, daß Kahr die bayrische Regierung gestürzt und der Reichsregierung ein Ultimatum gestellt habe, daß sie und Ebert binnen 24 Stunden zurücktreten und eine Militärdiktatur über das ganze Reich errichten solle. Die Meldung trifft insofern zu, als nicht Kahr, sondern sein treuer Adlatus Hitler und der bayrische Justizminister Gürtler, der in Bayern die ganze Macht in Händen und die Knilling-Regierung ganz an die Wand gedrückt haben, dieses Ultimatum an die Reichsregierung gerichtet haben. Kahr oder Hitler, ganz gleich. Blitzartig werden dadurch die Zustände beleuchtet. Die Groß-Bourgeoisie glaubt ihre Stunde gekommen, sie läßt die faszistischen Kettenhunde gegen das Proletariat los. Und während das Reichskabinett seine Sitzungen unterbricht und Stresemann-Geßler-Ebert beraten, handelt die Reaktion. An der bayrisch-thüringischen Grenze finden bereits Vorpostenplänkeleien statt, bayrische illegale Verbände beschießen die thüringische Landespolizei. In Koburg hat der vom „Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik" entlassene Ehrhardt den Oberbefehl über die antirepublikanischen Verbände übernommen und dort ein ganzes Heer von illegalen Formationen mit allen schweren Waffen aufgestellt, und in München wird bereits über die Reserveformationen von den wirklichen Drahtziehern Parade abgehalten.

WTB. meldet heute aus München:

Aus Anlaß der Grundsteinlegung für das Kriegerdenkmal für das Armeemuseum veranstaltete heute der Bezirk München des bayrischen Kriegerbundes eine große Trauerfeier für die 13 000 im Weltkriege gefallenen Söhne Münchens. Als Ehrengäste waren u. a. der ehemalige Kronprinz Rupprecht, Ministerpräsident Dr. v. Knilling, Generalstaatskommissar Dr. v. Kahr und General v. Lossow erschienen. Die Reichswehr hatte zwei Ehrenkompagnien entsandt. Auf dem weiten Platze vor dem Reiterdenkmal Ottos von Wittelsbach hatte eine Ehrenkompagnie der Reichswehr mit den alten Kriegsfahnen Aufstellung genommen, ebenso die vaterländischen Verbände und die Hitlerschen Kampfverbände mit ihren Hakenkreuzfahnen. Nach der Gedenkrede, die der erste Präsident des bayrischen Veteranen- und Kriegerbundes, General v. Reuter, hielt, trat der ehemalige Kronprinz Rupprecht an den Grundstein und vollführte die ersten Hammerschläge. An der Seite des Generals v. Lossow nahm er dann den Vorbeimarsch der Fahnenkompagnie, der Kriegervereine, der vaterländischen Verbände und der Kampfverbände ab. Bei seiner Abfahrt wurden dem Kronprinzen brausende Ovationen dargebracht. Die Kampfverbände formierten sich noch zum Vorbeimarsch vor Hitler in der Maximilianstraße vor dem Regierungsgebäude. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet.

In dieser illustren Gesellschaft fehlt nur noch Poincaré, der mit im Bunde ist und der durch seine gestrige Rede klar zu verstehen gab, daß er Kahr-Hitler-Stinnes in ihren Plänen voll unterstützen wird.

Während die Reichsregierung immer noch beratet und darüber brütet, wie sie wohl am besten den Wünschen Kahrs und Hitlers nachkommt, ist die Regierung stark gegen die Arbeiterschaft. So hat der General Müller, der sich jetzt als Heros der Bourgeoisie hat photographieren lassen und dessen Bild in allen bürgerlichen Zeitschriften zu finden ist, den Kommandeur der sächsischen Landespolizei seines Postens enthoben. Und der Reichswehrminister Geßler ist dem Wunsche der rechten Gewerkschaftsführer nachgekommen und hat den Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte für das ganze Reich verboten. Doch die Regierung ist auch stark gegen die Faszisten. Sie hat den „Völkischen Beobachter", das Organ der Nationalsozialisten, für das ganze Reich verboten — mit Ausnahme von Bayern. Sie will sich nicht ein zweites Mal so blamieren, wie beim ersten Verbot, wo Lossow, der heute mit seiner die alten Friedensfahnen tragenden, sich also offen auflehnenden Reichswehr immer noch vom Reiche das Gehalt bezieht, die Anordnung einfach nicht durchführte. Für Sachsen hatte die Reichsregierung zur Beseitigung der verfassungsmäßigen Regierung 60 000 Mann Reichswehr, gegen den verfassungswidrigen Kahr ist sie vollkommen ohnmächtig, wie das Verbot des „Völkischen Beobachters" und ihr übriges Verhalten zeigt.

Indessen wird die bayrische Gefahr immer größer. Offen wird als Tag des Los'schlagens der 7. November angegeben. Die Berliner Montagspresse ist voll von Alarmnachrichten über die Vorgänge im Hitlerschen Heerlager und von den Rüstungen unter Ehrhardts persönlicher Leitung. Von Gegenmaßnahmen ist kaum etwas zu spüren und die rausgeschmissenen sozialdemokratischen Minister, wie z. B. Sollmann, bekommen es jetzt mit der Angst zu tun und rufen die „treuen — Republikaner" angesichts der Feigheit der Führung zum bewaffneten Selbstschutz auf, den die sozialdemokratischen verkappten Faszisten den Arbeitern durch das Verbot der proletarischen Hundertschaften usw. verweigerten. Man will auch heute keinen proletarischen, republikanischen Schutz, sondern nichts anderes, als daß die Arbeiter wieder, wie im Kapp-Putsch, sich für die Interessen der Ebert-Stinnes-Republik einsetzen sollen, um nachher von ihnen erledigt zu werden.

Und Hitler und Ehrhardt müssen losschlagen. Sie haben Tausende ihrer Anhänger unter Waffen, ihr Militärapparat kostet ungeheures Geld. Die Unternehmer, die dies bezahlen, wollen für ihr Geld Taten sehen, sie drängen ebenfalls oder drohen, ihre Leute in ihre Betriebe zurückzuholen. Schlagen Ehrhardt-Hitler-Roßbach nicht los, erreichen sie keine Erfolge (es ist möglich, daß Ebert-Stresemann sich den Faszisten widerstandslos ergeben und die deutsche Republik der Weißen Diktatur ausliefern), so ist ihr Nimbus dahin, so sind sie als Führer erledigt. Getrieben werden sie außerdem durch den geplatzten Schwindel von dem „wertbeständigen" Gelde. Nimmt die Erkenntnis von dem Schwindel des wertbeständigen Geldes erst noch in weiteren Kreisen des Mittelstandes und des Kleinbürgertums Platz, wie es bereits geschehen ist, so ist es mit der ideellen Unterstützung ebenfalls vorbei.

Für die Faszistenführer steht die Frage so: Entweder Weitergehen auf dem beschrittenen Wege oder Abtreten von der politischen Bildfläche. Ein Stillstehen, ein Abrüsten bedeutet Niederlage und [illegible]ationen. Die Ehr[illegible]ftere gewählt. Die [illegible]nd eiserne Disziplin [illegible]ssische Provokation [illegible]gewichen. Sie hat [illegible]ischen Staatsstreich [illegible]it mit Händen und [illegible]ublik mit dem Zehn-

[illegible]icht wie am 9. No- [illegible] sie wird nicht den [illegible]en und dem Wahn [illegible]eit in die Mittel- [illegible]ß es in Deutschland [illegible] oder Rote Diktatur. [illegible]rtschaft wieder auf- [illegible]innen fortsetzen, das [illegible]relend, in den Zer- [illegible]ark auf dem Welt-

[illegible]rrichten. Der Kom- [illegible] Zeit des Hungers, [illegible]sten gegen Sowjet- [illegible]rot gegeben. Unter [illegible] Stresemann-Ebert, [illegible] Westarps bei vollen [illegible]t nach fünfjährigem [illegible]utschen Brüdern ab-

[illegible]den. Sie wird mit [illegible] Diktatur führen und [illegible]tatur in diesem ihr

[illegible] Stinnes, Hitler und Kahr

Paris, 5. November.

Bei der Einweihung eines Kriegerdenkmals in Brive behauptete Poincaré nach der gewohnten Polemik gegen die „raffinierte Illoyalität" Deutschlands, Frankreich habe bis jetzt erst 24 Millionen Goldmark erhalten. Zu den Plänen des Sachverständigenausschusses zur Abschätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit betonte Poincaré, daß Frankreich seinen Verbündeten seine Freundschaft habe bekunden wollen, als es diese Perspektive im Prinzip zuließ. Die Schlußworte Poincarés gälten der Sicherheitsfrage. Bis jetzt sei nichts an die Stelle der in Versailles versprochenen Sicherheitspakte getreten. Zu welcher politischen Organisation künftig auch das deutsche Volk gelangen möge, Frankreich werde darüber wachen, daß neue Angriffe für immer unmöglich gemacht würden. Frankreich habe niemals versprochen, die deutsche Reichsverfassung oder auch nur die Reichseinheit gegen die Deutschen selbst in Schutz zu nehmen, und die Initiative der deutschen Länder überhebe die Alliierten nicht der Verpflichtung, untereinander die Bestimmungen des Friedensvertrages einzuhalten.

*

Damit erklärt Poincaré, daß er die Bestrebungen der Stinnes zur Zerschlagung der Rheinlande und das Vorgehen Kahrs zur Loslösung Bayerns vom Reich billigt. In der bürgerlich-republikanischen Presse ist des öfteren die Behauptung von dem Einverständnis Kahrs mit Poincaré aufgestellt worden. Kahr und Hitler würden nie so frech gegen das Reich aufgetreten sein, wenn sie nicht wüßten, daß sie die vollste Unterstützung Frankreichs in jeder Beziehung hätten. Die Rede Poincarés ist eine Aufforderung an Kahr und Hitler, auf ihrem Wege zur Zerschlagung des Reiches weiterzugehen.

Auf dem Wege zum zweiten 9. November

Direktorial-Regierung oder Arbeiter-Regierung?

Die ältesten und erbittertsten Feinde der deutschen Arbeiterklasse, die Junker und Industriellen, haben der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands den letzten Todesstoß versetzt. Die bürgerliche Räuberbande hat sich ihrer Komplicen und Helfer, die sie jahrelang als Deckung für ihre Raubzüge benutzten entledigt. Als Gründe für den Zusammenbruch der Großen Koalition werden die neuesten politischen und wirtschaftlichen Ereignisse im Reich angegeben. In Wirklichkeit liegt die Ursache des Zusammenbruchs der Großen Koalition bei den Keimen der Großen Koalition; **in der Burgfriedenspolitik der Sozialdemokratie mit den Alldeutschen.** Zu Beginn des Weltkrieges wurde die Große Koalition zwischen Sozialdemokraten und Kriegsimperialisten zum external geschlossen. Der jetzige Zusammenbruch, der Austritt der SPD.-Minister aus dem Kabinett Stresemann, ist nur die Vollendung zehnjähriger verhängnisvoller Politik einer revisionistisch geleiteten Arbeiterpartei.

Die deutsche Arbeiterklasse, die erst nach dem Zusammenbruch des Weltkrieges an der Unfehlbarkeit der deutschen reformistischen Arbeiterführer zu zweifeln begann, hatte in den fünf Nachkriegsjahren noch tausendmal die Gelegenheit, ihre Position und damit ihre weitere Existenz zu retten. Sogar die Führer der deutschen Sozialdemokratie hatten Gelegenheit, ihre Fehler, ihren Verrat wieder gutzumachen.

Als nach dem Zusammenbruch der Politik der deutschen Kapitalisten und Imperialisten die Sozialdemokratie wiederum versuchte, die alten Mittel bürgerlicher Regierungspolitik anzuwenden, setzte bereits von Seiten eines kleinen Teiles des deutschen Proletariats ein starker Widerstand ein. Die revolutionäre Arbeiterbewegung in Deutschland war aber damals noch zu schwach, um die Millionen von Arbeitern und Angestellten, die den deutschen Sozialdemokraten folgten, von der Aussichtslosigkeit einer Besserung durch die demokratische Politik zu überzeugen. Die Sozialdemokraten gaben den alten Mächten die Möglichkeit, ihr System weiter zu erhalten, wieder aufzubauen und ihre alldeutsche Politik fortzusetzen. Die reaktionären Kräfte bauten nicht nur ihre militärischen Organisationen aus, die Führer, denn es mit Hilfe von Kanonen und Giftgasen nicht gelungen war, die imperialistischen Ziele zu erreichen, versuchten nun auf politischem und wirtschaftlichem Wege, mit neuen Methoden, ihre Weltmachtspläne zu erfüllen. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben, sagte sich 1918 Stinnes und die übrigen Schwerindustriellen, die die Wirtschaftsgebiete, um deren Besitz sie Millionen von Arbeitern in den Tod gejagt hatten, nicht bekamen.

Die deutsche Sozialdemokratie handelte nicht nach dem Grundsatz, daß, um etwas zu gewinnen, alle Machtmittel eingesetzt werden müssen. Den alten Mächten stand die alte Untertanenauffassung des Deutschen, der reaktionäre Verwaltungsapparat, eine durch die Kriegskorruption zu jeder Prostitution bereite Presse zur Verfügung. Aber die Machtpositionen der deutschen Arbeiterklasse waren bedeutend größer. Nach dem Zusammenbruch des Weltkrieges nahm die gewerkschaftliche Bewegung in Deutschland einen in der Welt unbekannten Aufschwung. Sogar große Teile der Landwirtschaft haben sich damals den geäußerten Plänen, Verwirklichung des Sozialismus, nicht entgegengestellt. Die damals noch schwache Konterrevolution hätte leichter Hand erledigt werden können.

Die Führer der deutschen Sozialdemokratie ermordeten aber die junge proletarische Revolution. Die sozialdemokratischen Politiker wendeten die überkommenen bürgerlichen Mittel an, das bürgerliche Parlament bestätigte die von den Wirtschaftsdiktatoren gewünschten Forderungen. Ohne Kampf sollte der Sozialismus eingeführt werden. Auf dem Wege von Verhandlungen wurde versucht, die Krisis, die durch den Weltkrieg entstanden war, zu lösen. Unzählige Konferenzen wurden abgehalten, in denen über die weltwirtschaftliche Lage gesprochen, Exposés gefaßt und Gutachten abgegeben wurden. Durch die Entwicklung wurde der Versailler Friedensvertrag zu einem wertlosen Fetzen Papier, der durch die tatsächlichen wirtschaftlichen und politischen Ereignisse, die imperialistische Politik der Ententemächte durchlöchert wurde. Deutschlands Außenpolitik war eingestellt auf die Hoffnung, daß Englands imperialistische Interessen die Raubgier der französischen Industriellen und Militärs in Schach halten würde. Die Politik des Optimismus, der ewigen Geduld seitens der Reichsregierung wurde geführt, um den **deutschen Schwerindustriellen die Möglichkeit zu eigenen Verhandlungen nicht zu nehmen.**

Warum ließen sich die zwei Millionen sozialistisch organisierten Arbeiter und Angestellten, die sieben Millionen freigewerkschaftlich zusammengefaßten Werktätigen fünf Jahre lang von der SPD.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231105-16/fragment/page=0007